

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Zum 28. März.

1. Der Kampf um die Lebensmöglichkeit.

Zu einem erschütternden Bilde proletarischer Not vereinen sich die Schilderungen der Lohnverhältnisse in den wichtigsten Industriezweigen und die Beschreibung der Lebenshaltung deutschböhmischer Arbeiter in unserer Parteipresse. Keine Arbeiterfamilie, die nicht Not leidet! Kein proletarischer Haushalt, in dem nicht die Sorge regiert! Die hier besprochenen Haushalte waren ja fast durchwegs solche „bessergestellter“ Arbeiter, solcher Arbeiter, die ein höheres als das Durchschnitts-Lohnneinkommen haben oder die nicht allein ihre Familie zu erhalten haben, sondern unschätzbare Hilfe gewinnen durch den Verdienst gleichfalls arbeitender Familienangehöriger! Wenn selbst diese Familien „bessergestellter“, glücklicher Arbeiter zu wenig Fett, zu wenig Fleisch, zu wenig Milch genießen können, wenn sogar sie, die von vielen ihrer Klassengenossen beneidet werden, sich hauptsächlich von Kartoffeln nähren müssen, — um wieviel schlechter, um wieviel elender muß die Lebenshaltung der Mehrzahl der Arbeiter sein, die niedrigere Löhne haben, die viel weniger verdienen!

Und neben den niedriger Entlohnerten das Heer der Kurzarbeiter, die von Woche zu Woche anwachsenden Scharen der Arbeitslosen! Bervielfacht die Sorge des Einzelnen, summiert das Leid, das in jedem Hause, in dem Arbeiter wohnen, daheim ist, — und ihr schaut ein grauenvolles Bild der Massennot, des Volkselends, ein Schreckensbild, dem jeder neue Tag neue, schroffe Striche, neue Schatten hinzufügt!

Ein Bild des Volkselends! Denn den Kern des Volkes, seine wichtigste Klasse, bildet das Proletariat. Es gibt keinen Volksaufstieg, ja keine Selbstbehauptung des Volkes, wenn keine lebenswichtigste Klasse verelendet. Gewiß trägt das tschechische Proletariat das gleiche Leid, aber für das deutsche Volk in diesem Staate ist dieses proletarische Elend, das mit zunehmender Wirtschaftskrise noch zu wachsen droht, besonders verhängnisvoll, weil seine Industrialisierung viel weiter vorgeschritten ist, als die des tschechischen Volkes. Deshalb muß auf diese Tatsache verwiesen werden, damit die deutschen Arbeiter die Oberflächlichkeit und die Klassengebundenheit des deutschen Nationalismus erkennen. Denn keine der deutschbürgerlichen Parteien, die doch alle „Volksparteien“ sein wollen, kümmert sich um die Not des deutschen Arbeiters. Sie preisen die „Volksgemeinschaft“, aber sie sehen untätig und gleichgültig dem Versinken des Großteils dieses deutschen Volkes, ihres deutschen Volkes, ins Meer der Not zu. Sie schwelgen in Bewunderung der deutschen Heimat, aber sie bleiben stumm gegenüber dem Leid der Menschen, die diese Heimat bewohnen.

Welche der deutschnationalen Parteien fragt nach den Löhnen der Arbeiter, darnach, ob das Einkommen der Arbeiter noch reicht zur Erhaltung ihres Lebens? Von deutscher Kultur und ihrer Gefährdung durch die Tschechisierungsmaßnahmen pflegen sie eifrig zu reden, aber sie wollen nicht sehen, daß mehr als durch alle Tschechisierungsmaßnahmen die deutsche Kultur gefährdet wird durch die Verelendung der deutschen Arbeiter, die ihnen die Teilnahme am Kulturleben verwehrt, sie in Kulturlosigkeit hinabzureißen droht.

Sind sie blind, unsere Deutschbürgerlichen? O nein! Aber sie sind Bürgerliche! An der Versklavung des deutschen Arbeiters nimmt auch das deutsche Bürgertum teil. Von einer Entlohnung, die dem Arbeiter ein menschenwürdiges Leben sichert, will auch der deutsche Fabrikant nichts wissen. Wegen den Ausbau der Sozialpolitik hat auch das deutsche Bürgertum gewettert. Den Sturz des Mieterkubus, seine volle Beseitigung, die tausende deutscher Arbeiter obdachlos machen, alle deutschen Arbeiter zu intensiverem Hungern zwingen würde,

will auch das deutsche Bürgertum. Unbekümmert um die jetzt schon so qualvolle Not der deutschen Arbeitermassen fordern auch die deutschen Agrarier die Einführung fester Getreidezölle. — Sie sind für die Notbremse ihrer Volksgenossen Proletarier so taub, wie ihre tschechischen Klassengenossen, wenn Sonderprotektion möglich werden. Und das gesamte deutsche Bürgertum würde, wenn bei ihm die Entscheidung läge, die geplanten Verbrauchssteuern jeder Besteuerung des Besitzes und der großen Einkommen vorziehen. Nein, nicht in Gemeinschaft mit dem deutschen Bürgertum, das ja mitbeteiligt ist an der Ausbeutung der deutschen Arbeiter, das mit-schuldig ist an ihrer Verelendung, kann das deutsche Proletariat den Kampf um die Erhaltung seines Lebens führen, — es muß ihn allein führen, und nicht nur gegen die den Staat beherrschende tschechische Bourgeoisie, sondern auch gegen die alle diese Ausplünderungsbestrebungen mit stiller oder sogar lauter Sympathie begleitenden deutschbürgerlichen Parteien.

Alle deutschbürgerlichen Parteien haben auch proletarische Menschen in ihrer Gefolgschaft. — Beamte, Angestellte, Kleinbauern und auch Handarbeiter. Sie haben diese Menschen durch todes-, hand-nistisches Geschrei so bedrückt, daß sie kaum noch das Knurren des eigenen Magens zu hören vermögen. Daß sie auf diese Stimme horchen lernen, und daß sie, die jetzt nur den nationalen Gegner sehen, auch den Feind im eigenen Volke zu erkennen vermögen, der ihnen, die- weil sie habverzerrt nach den tschechischen Chauvinisten starren, die Glieder fesselt, sie zu diesem Erkennen zu führen, das ist eine unserer großen Aufgaben in diesen Kampfwochen!

Und die Massen jener Arbeiter, die unter dem Druck der Not stumpf und kampfes-müde geworden sind, die neue Lebenslasten tragen wie ein unvermeidbares Geschick, wieder den Glauben an die eigene Kraft gewinnen, den Mut zum Kampf wider die drohende Vermehrung ihres Elends, — das ist die zweite große Aufgabe!

Das müssen die Arbeiter erkennen, weil über den Kreis der den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen Angehörigen hinaus: daß sie inmitten eines wahr-haft entscheidenden Kampfes stehen! Es gilt die Zurückweisung eines der brutalsten Anschläge wider die Lebensmöglich-keit der Arbeiter. Denn was dann kommt, wenn die schändlichen Steuer- und Zollpläne, die den Arbeitern drohen, Wirklichkeit werden, das verdient nicht mehr den Namen „Leben“, das kann nur noch kümmerliches Vegetieren sein! Brot und Mehl, Zucker, Kaffee und Tee, Tabak, Eisenbahnfahrt gewaltig verteuert, ohne die Sicherheit, sofort höhere Löhne erkämpfen zu können, — was das bedeutet, das müssen unsere Vertrauensleute den Vielen, die wir zur Teilnahme an unserem Kampfe gewinnen müssen, anschaulich, in plastischer Deutlichkeit zeigen! Die Zahlen, die in unseren Aufzügen genannt wurden, und über die, wie über alle Zahlen, die Blide vieler Leser hinweggeglitten sein dürften, diese Zahlen müssen lebendig werden, sie müssen für jeden Arbeiter, für jede Arbeiterfrau zum Spiegel ihres Lebens werden! So eindringlich muß die Sprache dieser Zahlen werden, daß alle Arbeiter, alle Arbeiterfrauen erschreckt erkennen: wir ertragen die uns drohenden Steuerbelastungen nicht, wir müssen sie abwehren!

Auf neue Besteuerung der Arbeiter geht die Regierung aus, da noch Horn und Empörung über die rückwärtslose Eintreibung der rückständigen Personaleinkommensteuer die Arbeitererschaft durchbebt. Das böse Spiel Schloch wird verzehntausendfach. Zehntausenden gegen-über beharrt die Regierung auf ihrem Schein. Von jedem begehrt sie ein Stück Fleisch aus seinem Körper, von jedem ein Stück seiner Gesundheit, seiner Lebensmöglichkeit, ein Stück der Gesundheit und Lebensmöglichkeit seiner Familienangehörigen, denn auch diese

Unsere Stellung zur Beamtenregierung.

Genosse Dr. Czech: Verschärfter Kampf gegen die beabsichtigte Fortführung der alten Koalitionspolitik.

Prag, 24. März. Der Klub Abgeordneten und Senatoren unserer Partei hielt gemeinsam mit dem Präsidium des Parteivorstandes heute eine Sitzung ab, die sich mit der Stellungnahme unserer Partei zum Regierungswechsel beschäftigte. Genosse Dr. Czech erstattete einen eingehenden Bericht über die politische Lage, worauf nach kurzer Aussprache der Beschluß gefaßt wurde, eine sofortige Aussprache über die von der neuen Regierung im Parlamente abzugebende Regierungserklärung zu verlangen. Gleichzeitig wurde der Wortlaut der in dieser Aussprache vom Klubvorsitzenden abzugebenden Erklärung festgestellt.

Da die verlossene Koalition den von unserer Partei gemeinsam mit den Kommunisten und Deutschbürgerlichen eingebrachten Antrag auf sofortige Eröffnung der Debatte über die Regierungserklärung einstimmig ablehnte, benützte Genosse Dr. Czech die nächste bei der Verhandlung der Tagesordnung des Hauses sich ergebende Gelegenheit zur Abgabe der folgenden Erklärung:

Mit Benützung stellen wir den Sturz der Regierung Svehla fest. Ihr Name ist mit den reaktionärsten Maßnahmen dem Schutzgesetz, der Preßgesetznovelle, dem Raub der Geschworenengerichte für politische Delikte, der Verfälschung des Wahlrechtes, aufs innigste verknüpft. Sie hat durch Zerstörung vieler hundert Schulklassen

das Kulturleben der Minderheiten arg verunstaltet, durch ihre Abbau- und Bodenmaßnahmen viele zehntausende proletarische Existenzen vernichtet.

Sie hat durch diese und andere finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen die Lebenshaltung der Bevölkerung auf das Tiefste erschüttert, durch ihre nationale Politik, insbesondere aber durch die erlassene Sprachverordnung

die nationalen Gegensätze der Bevölkerung zur Gluthitze gehelgt.

Die Verhältnisse dadurch um viele Jahre in der Entwicklung und in unserer Arbeit zurückge-schleudert und sich zuletzt durch Nichterfüllung freiwilliger Versprechungen das Stigma des Wort-bruches selbst auf die Stirne geprägt. Es ist daher nur zu begreiflich, daß der Zusammenbruch dieser Regierung und des von ihr mitgeführten, ins-Derg-gefallenen Koalitionssystems nur allge-meine Befriedigung auslösen konnte. Daß die Regierung an ihren eigenen Sünden gescheitert ist und von eigener Hand gefällt wurde, muß als erfreuliches Symptom gewertet werden. Allerdings soll in diesem Zusammenhang die für den Niedergang der Demokratie dieses Staates und den Zusammenbruch des herrschenden Systems charakteristische Erscheinung festgestellt werden, daß man sich bemüht gesehen hat, nunmehr auch noch die letzten Schleiher abzuwerfen und die Führung der Staatsgeschäfte der Bürokratie anzuliefern.

Die weitere Entwicklung erheischt unser wach-sames Auge.

Steuerzahlung bedeutet Schmä-lerung der ohnehin schon unzu-länglichen Summe, die für Nah-rung, Kleidung und Wohnung reichen soll. . . .

Hier gilt es nicht bloß Abwehr, sondern Kampf um Erfüllung einer alten Arbeiterforde-rung, Kampf um die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums, um Ausglei-chung des steuerfreien Existenzminimums an die Nach-riegsverhältnisse!

Und wenn nun diese Arbeiterforderungen beantwortet werden mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, den Staatshaushalt in Ord-nung zu bringen, so antworten wir mit der Forderung, dort zu sparen, wo am meisten verschwendet wird und wo am leichtesten gespart werden könnte: beim Militarismus! Kein vernünftiger Mensch wird sparen am Lebensnotwendigen, um sich irgend eine kost-spielige Spielerei leisten zu können. Warum soll der Staat bei einem Unsinns beharren, dem kein Staatsbürger hulldigen kann? Nichts an-deres als solche Spielerei, dazu freilich auch eine recht gefährliche, ist die liebevolle Pflege unseres Militarismus, der angesichts der Gren-zen der Tschechoslowakei im Kriegsfall ja doch von so zweifelhaftem Werte wäre, daß es für diesen Staat nur eine Sicherung gibt: unbedingte Friedenspolitik! Aber-ripigung des Nationalismus, Machtdünkel.

Es wird sich rasch zeigen, ob sich nicht etwa der eingetretene Szenenwechsel als

bloßer Personenwechsel erweist und nach wie vor jenes kluchwürdige System erhalten bleibt, das so viel Unglück über das Land und seine Bevölkerung gebracht hat. Es wird sehr bald klar werden, ob die Einsetzung der neuen Regierung, die ebensowenig wie die voran-gegangene eine parlamentarische und demokratische ist, nicht etwa bloß den Zweck verfolgt, den

Wegbereiter für eine neue all-nationale Koalitionsregierung

zu bilden und zu diesem Behufe durch Verab-schiedung aller jener volksfeindlichen Maßnahmen, die die großen Streitpunkte der Koalition gebildet haben, den Boden für eine Neuaufgabe des alten Regierungssystems urban zu machen. Alle Anzeichen sprechen für diese Absicht, die naturgemäß vor der ganzen Bevölkerung enthüllt, in ihrer Radikalität aufgegriffen und auf das Schärffste bekämpft werden müßte.

Da die neue Regierung sich als Vollstreckerin der alten betrachten, ihr Programm übernommen hat, das von dieser begonnene Werk vollenden und in ihren Bahnen fortzuführen will, gilt ihr natur-gemäß in gleicher Weise

unser entschiedenster Kampf, für den wir durchaus gerüstet sind. Wir werden ihn mit großer Leidenschaftlichkeit führen, wenn sie versuchen würde, den von der alten Regierung inaugurierten

Zoll- und Steuerraubzug auf die Taschen der Bevölkerung, die Verlängerung der Militärdienstzeit, die Erhöhung der Geistlichen-bezüge und die sonstigen Maßnahmen in die Tat umzusetzen oder an die verfassungsmäßigen Rechte der Bevölkerung zu greifen oder gar an dem Wahlrecht zu rütteln. Selbstverständlich werden wir verlangen, daß sie die Vorarbeiten zur Verwirklichung der

Sozialversicherung beschleunigt, das Altersrentengesetz in die Tat umsetzt, alles Notwendige zur sofortigen Einföhrung

nationale Gittlichkeit, Verpflichtungen gegenüber ausländischen Freunden verursachen, neben der Bedachtnahme auf etwaige innere Feinde, diese Großzüchtung des Militarismus, die in so großem Widerspruch steht zur Wirtschaftskraft des Staates. Es ist also auch Kampf um die Erleichterung des Wirtschaftslebens, es ist mit ein Kampf um die Lebensmöglichkeit der Ar-beiter in diesem Staate, wenn wir den Abbau des Militarismus, die Abbürdung der Militärlasten fordern!

Zum Kampfe um die Erhal-tung ihrer Lebensmöglichkeit rufen wir die Arbeiter und Ar-beiterinnen auf. Wird in ihnen der feste Entschluß reif, weiteres Vordringen des Elends abzuwehren, neue Steuerlasten, die tatsächlich den buchstäblichen Zusammenbruch vieler zur Folge hätten, nicht mehr sich aufbürden zu lassen, dann werden unsere Versammlungen am kommenden Sonntag gewaltige Kundgebungen der Empörung und des Kampfwillens der Ar-beiter sein.

Die Beamtenregierung Cerny erklärt, das Programm der abgetretenen Regierung Svehla zu übernehmen. Sie hat mit dem Finanzminister Dr. Englis auch dessen Steuer-pläne übernommen. So soll ihr denn auch gleich bei ihrem Amtsantritte das zehntausendstimmige „Nein!“ der Arbeiter entgegenhallen!

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Kc 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Abstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh

des den öffentlichen Angestellten genehmigen Wortes vorlehrt, das Bau- und Wohnungsgesetz raschst verabschiedet und sofort die allerdringlichsten

Maßnahmen zur Vinderung des Notstandes

der arbeitenden Bevölkerung trifft. Eine der Hauptaufgaben der Regierung erblickt wir aber darin, daß sie sofort alles Gebotene zur

Gesundung des politischen Lebens unternimmt, daß sie insbesondere den Hindernissen, die sich in der Arbeit der Regierung zwischen den Nationen des Landes angesammelt hat, so

Die neue Regierung vor dem Parlament.

Eine magere Regierungserklärung. — Svehlas Programm wird akzeptiert. Die Koalition lebt noch.

Prag, 24. März. In der heutigen Eröffnungsitzung der Frühjahrsession des Abgeordnetenhauses stellte sich das neue Beamtinnenkabinett Cerny dem Parlament vor. Die Ministerbank, das Haus und die Tribünen waren dicht besetzt, doch hatte der ganze Verlauf der Sitzung alles andere als feierlichen Charakter. Die wenigen Sätze, die der Ministerpräsident unter Lärm und zahlreichen Zwischenrufen von der Parlamentstribüne aus verlas, waren keine Regierungserklärung, sondern eine Panzerkollisionsklärung des bisherigen Koalitionssystems, das in seiner grenzenlosen Verlegenheit die Beamtinnenregierung als Lückenbüßer vorgeschickt hat und immer noch nicht glauben will, daß eine Gesundung der politischen Verhältnisse nur durch eine gründliche Aenderung des ganzen Systems, nicht aber durch einen bloßen Personenaustausch zu erreichen ist.

Nach einer ziemlich unangebrachten Lobhudelei auf den „hochverdienten“ Ministerpräsidenten Svehla und seine „legendäre öffentliche Tätigkeit“ erklärte der Ministerpräsident in lakonischer Kürze, daß seine Regierung in der Durchführung des Programms der zweiten Svehla-Regierung, das im Dezember v. J. hinreichend durchdebattiert und auch genehmigt worden sei, so z. B. fahren werde und hierzu die Unterstützung des Hauses erbittet.

Während die erste Abstimmung darüber, ob die Debatte über die Regierungserklärung sofort abzuführen sei, ließ die Koalition wieder in ihren alten Zusammenfassung auf den Plan treten und die Eröffnung der Debatte ablehnen. Die streitenden Brüder haben sich also wiedergefunden, obwohl diese Einigung vorläufig nur der Abwehr der dringendsten Gefahr galt, plötzlich offen in der Debatte Farbe bekennen zu müssen. Aus dieser Situation suchten sich die Parteien der alten Koalition durch Ablehnung der Debatte zu retten. Die Gefahr für das ganze Gebilde der Beamtinnenregierung war auch in der Tat zu groß: die slowakischen Minister, die in der künftigen Koalition die tschechischen Sozialdemokraten ersetzen sollten, erwiesen sich heute wieder einmal als total unzuverlässig und wollten sogar einen direkten Mißtrauensantrag gegen Cerny einbringen. Den tschechischen Sozialdemokraten wäre dann wahrscheinlich nichts anderes übrig geblieben, als trotz ihrer nach Opposition aussehenden Haltung der neuen Regierung das Vertrauen zu votieren, um das Kabinett nicht sofort wieder zu stürzen.

Die sadenscheinige Ausrufe, daß über das Programm schon im Dezember genug debattiert worden sei, läßt sich natürlich nicht aufrecht erhalten. Wenn es sich tatsächlich nur um das alte Programm der Regierung Svehla handelte, dann wäre ja der ganze Regierungswechsel überflüssig gewesen. Zwischen dem alten und dem neuen Re-

gierungserklärung, daß sie die den Stein des Anstoßes bildenden Sprachverordnungen beilegt und im Sinne der von uns gestellten

Ausgleichsanträge

den Boden für eine Auseinandersetzung und Verständigung der Völker und für ihre ruhige Zusammenarbeit schafft.

Im Uebrigen ergibt sich aus dem kapitalistischen Charakter der neuen Regierung unsere Stellung zu ihr von selbst. Sie kann nicht anders, als eine Kampfstellung sein, so wie wir sie auch gegenüber allen früheren Regierungen dieses Staates bezogen haben.

gierungsprogramm müssen also doch wohl Differenzen bestehen, die eine Debatte erforderlich machen würden.

In Wirklichkeit wissen aber die Koalitionsparteien noch nicht, was sie eigentlich in Zukunft machen sollen. Die tschechischen Sozialdemokraten schwanken noch, ob sie in die nächste Koalition gehen sollen, und die anderen wissen nicht, ob sie für die Sozialdemokraten so leicht einen Ersatz in den Slovaken oder vielmehr auch in den deutschen Aktivisten finden werden. Und so mußten sie dem allbewährten Auskunftsamt gehen, sich die Sache bis nach Ostern zu überlegen. Ein ehrenvolles Debüt für die neue Beamtinnenregierung von Gnaden der Koalition war es gerade nicht. Dies zeigte schon der Umstand, daß dem neuen Ministerpräsidenten vom ganzen Haus nur ein paar Agrarier schüchtern applaudierten.

Präsident Machyetz eröffnet gegen halb vier Uhr die Sitzung und teilt den Regierungswechsel mit, worauf der

Ministerpräsident Cerny,

von Abzügen empfangen und öfter von Zwischenrufen, namentlich der Kommunisten unerbroschen, das Wort ergreift und namens der Regierung folgende Erklärung abgibt:

Die parlamentarische Regierung drückt den Wunsch um Enthebung von ihrem Amte aus, als ihr hochverdienter Vorsitzende Svehla auf den Rat der Ärzte gezwungen war, für einige Zeit seine legendäre öffentliche Tätigkeit zu unterbrechen und sich in die Fremde zu begeben, um seine Kur zu beenden. Mit Dank des Herrn Präsidenten der Republik vom 18. März wurde dann die Regierung ernannt, in deren Namen ich hier die Ehre habe zu sprechen.

Aus der Ursache der Demission der Regierung und aus der Art der Ernennung der Regierung geht hervor, daß die Regierung, die dem hohen Hause vorzustellen ich mir zur Ehre rechne, in der Durchführung des Programms, das der Herr Ministerpräsident Svehla in der Sitzung dieses hohen Hauses vom 18. Dezember 1925 ausführlich darlegte, fortfahren wird. Ueber dieses Programm führte das hohe Haus eine ausführliche Debatte in den Sitzungen vom 18., 19. und 21. Dezember 1925 ab und genehmigte diese Programmklärung mit dem Beschluß vom 21. Dezember 1925.

Zur Fortsetzung dieses von dem hohen Hause genehmigten Programmes benötigt die Regierung die tätige Mithilfe des hohen Hauses. Um die Mitarbeit an dieser, dem Staate und dem Volke dienenden Arbeit, bitte ich hiemit gesiehmend.

Der Antrag der Opposition, sofort die Debatte über die Regierungserklärung zu eröffnen,

land nur die Unterstützung der bisherigen Oppositionsparteien und blieb so in der Minderheit. Die slowakische Volkspartei stimmte diesmal zur Abweichung wieder einmal mit der Opposition.

Die beiden ersten Punkte der Tagesordnung, die Aenderung der Kündigungfrist des tschechoslowakisch-schweizerischen Handels- und Zollvertrages sowie der Handelsvertrag zwischen der Tschechoslowakei und der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion, werden debattelos genehmigt.

Erst beim dritten Punkte der Tagesordnung, dem Handelsvertrag mit Bulgarien, ergreifen die Vertreter einzelner Oppositionsparteien und ein tschechischer Sozialdemokrat die Gelegenheit, um zu der Regierungserklärung Stellung zu nehmen.

Der Kommunist Haken erklärt, daß die neue Regierung zum Abschluß des Vertrages mit der Janowregierung in der Tat berufen sei, denn sie werde sicher so reaktionär sein wie die Vorkriegsregierungen. Er verdonnerte dann den abweichenden Standpunkt seiner Partei zur Regierung, welche die wirtschaftliche und kulturelle Reaktion nur unterstützen wolle, und kündete einen verzweifelten Kampf gegen sie an. Den tschechischen Sozialdemokraten wirt er vor, daß ihre oppositionelle Haltung nur eine Komödie sei, und schließt mit der Aufforderung zur Lösung der Einheitsfront.

Die tschechischen Sozialdemokraten hielten als einzige der ehemaligen Koalitionsparteien den Abgeordneten Bl in die Debatte, der die ablehnende Haltung seiner Partei gegenüber dem Antrag auf sofortige Eröffnung der Debatte damit zu begründen versuchte, daß die neue Regierung das Programm der vorhergehenden Regierung Svehla erfüllen werde, an dem ja seinerzeit die tschechischen Sozialdemokraten mitgearbeitet hätten. Die Hauptforderungen seiner Partei seien von der neuen Regierung übernommen worden, der gegenüber sich keine Partei überdies freie Hand vorbehalte. Die weiteren Ausführungen des Bl, daß die Kommunisten die Hauptschuld an der Einsetzung der Beamtinnenregierung trügen, weil sie mit ihren 41 Mandaten völlig untätig seien, werden von den Kommunisten mit heftigem Widerspruch aufgenommen. Als der Redner die Kommunisten Smeral, Muna und Japotoch des feigen Davonlaufens und Verfehlens bei verschiedenen Demonstrationen bezichtigte, kam es zwischen einzelnen Abgeordneten vor der Ministerbank zu leidenschaftlich geführten Auseinandersetzungen.

Hierauf gab

Genosse Dr. Czoch

im Namen unserer Fraktion unter gespannter Aufmerksamkeit des Hauses die Erklärung ab, die wir an leitender Stelle im Wortlaut veröffentlichen.

Zu neuen Auseinandersetzungen zwischen den tschechischen Sozialdemokraten und den Kommunisten kam es während der Rede des Kommunisten Bolen, der die tschechischen Sozialdemokraten als den rechten Flügel der Bourgeoisie bezeichnete. Den Kommunisten gehe es nicht um politischen Schacher, sondern um die Propaganda ihrer Ideen und Grundsätze. Der neuen Regierung werde es vielleicht gelingen, die slowakischen Volksparteiler und die deutschen Aktivisten zum Eintritt in die Regierung zu bewegen, ein Anzeichen hierfür erblickt er darin, daß die deutschen Agrarier, Aktivisten und Nationalsozialisten es ablehnten, den Mißtrauensantrag der Deutschnationalen gegen Cerny zu unterschreiben.

Die Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Gruppen vor der Ministerbank, wo man den früheren Hauspräsidenten Tomasek, Bechyně, Erba und a. in heftigen Diskussionen mit einzelnen Kommunisten sieht, lassen den nachfolgenden deutschnationalen Redner Dr. Reibl überhaupt nicht verständlich werden, so daß er seine Rede gerade nur den Stenographen diktiert muß.

Erst der deutsche Nationalsozialist Kutzsch kann sich wieder einigermaßen verständlich machen. Der Standpunkt seiner Partei zu der neuen Regierung sei derselbe wie gegenüber der alten: Schärftes Mißtrauen und schärfter Kampf.

Im Schlußwort hält es der Berichterstatter Herzál für angebracht, auf die in der Debatte vorgebrachten Vorwürfe der Kommunisten an die Adresse der tschechischen Sozialdemokraten zu reagieren. Der Handelsvertrag mit Bulgarien wird hierauf unverändert angenommen und die Sitzung um 4 Uhr 5. geschlossen.

In der zehn Minuten später eröffneten zweiten Sitzung werden einige Senatsbeschlüsse den Ausschüssen mit vierzehntägiger Frist zur Berichterstattung zugewiesen und hierauf die Wahl der Mitglieder der Erziehungsk

Wahlgerichtes

vorgenommen. Unsere Partei entsendet in der Wahlgerichtes Genossen Dr. Wilhelm Sosa, der diese Funktion bereits in der abgelaufenen Periode bekleidet hatte, als Mitglied und den Landesausschussmitglied Genossen Dr. Bruno Brun als Ersatzmann.

Mit den üblichen Wünschen für die nächste Sitzung um 5.10 die Sitzung, ohne daß die nächste Tagesordnung erledigt worden wäre. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

Auch im Senat lebt die Koalition weiter!

Prag, 24. März. In kaum einer dreiviertel Stunde war die heutige erste Senatsitzung der Frühjahrsession beendet. Ungeheure wichtige Aufgaben sind zu lösen, die arbeitenden Schichten der Bevölkerung dieses Staates sind durch die Mißwirtschaften über den Plan einer weiten Erweiterung ihrer Lebenshaltung auf höchst feinerhaltige — an all dem gehen die ehemaligen und derzeitigen Koalitionssenatoren schloß vorüber. In dem Bewußtsein, daß die Beamtinnenregierung „schon die Sache machen werde“, vertreiben sie die letzte Sitzung vor den Osterferien mit ein paar belanglosen zweiten Besungen, klatschen einer nachfolgenden Regierungserklärung begeistert Beifall und heben im übrigen nach alter, lieber Gewohnheit die Hände, wenn der Vorsitzende eine Mehrheit einer Abstimmung braucht. Und fahren dann wieder beruhigt nach Hause: wer wird sich auch anstrengen, wenn er dabei nur peinliche Auseinandersetzungen herbeiführen müßte? Und die Bevölkerung? Ja, die müßte sich eigentlich an das schon schon gewöhnt haben. . . .

Aus der Sitzung ist darum nur Unerreutes zu berichten:

Vor der Sitzung des Plenums fand eine Klubobmannerkonferenz statt, in der der Vorsitzende mitteilte, daß in der heutigen Plenarsitzung der Ministerpräsident eine kurze Erklärung abgeben werde. Genosse Dr. Heller, dem sich die Vertreter der übrigen Oppositionsparteien angeschlossen, gab hierauf bekannt, daß von seiner Partei ein Antrag auf Eröffnung der Debatte gestellt werden wird; er wüßte daher die Stellungnahme der bisherigen Mehrheitsparteien zu dem Antrag. Diese Mitteilung verletzete die bisherigen Koalitionsparteien in die größte Verlegenheit. Sie hatten nämlich schon vor der Sitzung in einer Besprechung beschlossen, eine Debatte nicht zuzulassen. Nun fiel ihren Vertretern die Aufgabe zu, diese ablehnende Haltung zu begründen, was ihnen um so peinlicher war, als sie den wahren Grund nicht verraten durften.

Dieser wahre Grund war, daß sie eine Abstimmung über die Gutheißung der Erklärung, die einer Debatte folgen müßte, be-

Aus alter Zeit.

III. Einigung. — Der Ausstieg nach dem Hainfelder Parteitag. — Die erste Nummer des „Freigeist“.

Der Fachverein der Manufakturarbeiter war 1882 behördlich aufgelöst worden und der Verein „Arbeiterbund“, welcher 1883 als Ersatz geschaffen worden war, löste sich freiwillig auf, um das Vereinsvermögen bei einer zu befürchtenden behördlichen Auflösung nicht in fremde Hände fallen zu lassen. So standen denn die Genossen ohne jedes Bindemittel da und es hatte den Anschein, als ob es den Verfolgern tatsächlich gelungen wäre, die sozialdemokratische Partei mit Stumpf und Ziel auszurotten. Aber dem war nicht so. Die Bewegung war wohl unterbunden, labingelagt, aber die Idee lebte fort. Allmählich schwand unter den Genossen der gegenseitige Groll und das Bedürfnis, wieder eine Einigung zu schaffen, brach sich auf beiden Seiten Bahn. Die Genossen Karl Schiller, Franz Pelda und Josef Hübnert arbeiteten 1887 gemeinsam ein Statut aus für einen Verein, welcher zwei Zweck haben sollte, als Treffpunkt der Genossen beider Richtungen zu dienen. Er trug den Namen „Allgemeiner Bildungs- und Unterstützungsverein „Eintracht“. Welcher Polizeigeist damals herrschte, kann man daraus erkennen, daß die Plakate, welche die konstituierende Versammlung ankündigen sollten, verboten wurden, weil sie zu groß waren! Der Verein ist nie zu einer entsprechenden Höhe gekommen, aber seinen Zweck hat er erreicht. (1891, als die Wiedervereinigung schon längst vollzogen war, löste er sich freiwillig auf. Es wurden Verbindungen mit den Genossen der auswärtigen Ortschaften angeknüpft und gleiche Zusam-

menkünfte veranstaltet. In diesen Zeitabschnitten fällt auch das Aufstehen des Genossen Dr. Victor Adler, der sich bemühte, allerorts die zerstreuten Teile wieder zu etwas Ganzem zusammenzufügen. Zu diesem Zwecke war er auch 1888 nach Reichenberg gekommen, um mit den hervorragenden Genossen beider Richtungen eine gemeinsame Besprechung, welche bei Nacht auf den Verdorfer Feldern stattfand, abzuhalten.

Nach einem großen Einigungswerke von Hainfeld begann die Partei neu aufzuleben. Die Arbeiterbewegung, die durch die Perfidie und die Verfolgungen arg gelitten hatte, nahm jetzt einen ungeheuren Aufschwung. Desto eifriger waren die Behörden bestrebt, ihr Steine in den Weg zu legen. Was es doch Bezirkshauptleute, die absolut keine Volksversammlung duldeten. So z. B. der damalige Bezirkshauptmann von Teplitz. Ein Teplitzer Genosse hatte schon oft den Versuch unternommen, eine Volksversammlung zuweige zu bringen, aber der Erfolg war immer der gleiche gewesen: Wegen Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung verboten. Schließlich betrieb der Genosse die Anzeigen zum Spaß und zeigte jede Woche eine Volksversammlung an, ohne irgend eine Vorkehrung zu ihrer Abhaltung zu treffen. Aber einmal blieb das Verbot aus. Dafür bekam er einige Tage später eine Vorladung zur Bezirkshauptmannschaft, um sich wegen Irreführung der Behörde zu verantworten, die er mit einer Geldstrafe büßen mußte.

1891 gingen wir daran, einen politischen Verein zu gründen, um leichter zu Versammlungen zu kommen. Sechsmal wurden die Statuten verlesen und erst beim siebenten Einreichen genehmigt. Im Feber 1892 fand die Konstituierung des politischen Vereines „Vorwärts“ im „Schützenhause“ in Reichenberg unter großer Beteiligung der Arbeiterschaft statt. Zwei Statuten konnten

wir jetzt im ganzen Reichenberger Handelskammergebiete Wanderversammlungen abhalten. Und da diese nur öffentliche Vereinsversammlungen waren, konnten sie nicht so leicht verboten werden. Mit Hilfe des politischen Vereines „Vorwärts“ ist in der Arbeiterbewegung Großes geleistet worden. Jeden Samstag und Sonntag zogen die Apostel des Sozialismus von Reichenberg nach allen Richtungen Ost- und Nordböhmens hinaus, um den Arbeitern die neue Lehre zu verkünden.

In unseren geheimen Konferenzen sahen die Genossen, welche sich früher leidenschaftlich bekämpft hatten, wieder brüderlich beisammen und berieten über die zu beginnende gemeinsame Parteilarbeit. In einer dieser Konferenzen, welche in Habendorf in dem Wäldchen, welches die nach Friedland führende Bahn durchschneidet, stattfand, brachte der Schreiber dieser Zeilen namens der Reichenberger Genossen den Antrag auf Herausgabe eines Parteiblattes ein, welcher allgemeine Zustimmung fand. Die darauf folgende Konferenz tagte im Gasthause zum Herzog Wallenstein in Reichenberg, woselbst das Herausgeberkomitee gewählt wurde. Die Wahl fiel auf die Genossen Josef Schiller, Karl Schiller und Franz Wagner. Josef Schiller hegte Bedenken gegen seine Wahl; er meinte, daß er als Führer der einstigen Radikalen dem Blatte schaden könnte. Die Genossen bestanden jedoch auf seiner Wahl, worauf er auch diese annahm. Die drei Gewählten einigten sich dahin, daß Gen. Josef Schiller als Herausgeber und Karl Schiller als Redakteur zeichneten, während Franz Wagner als Mitherausgeber galt.

In der Konferenz hatte man sich geeinigt, die Gründung des Blattes in einer Volksversammlung öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Die Versammlung fand im Schützenhause unter

großer Beteiligung der Arbeiter statt, aber der amtierende Regierungsvertreter löste sie vorzeitig auf. So wurde denn das Werk ohne den versammlungsbefehl durchgeführt. Wir waren leinere sicher, daß wir nicht in kurzer Zeit die Prager Reise anzutreten gezwungen würden. Aber das Blatt war eine Notwendigkeit und es mußte gemacht werden und es ging auch. Geld war so viel wie keines vorhanden. Das ganze Gründungskapital bestand aus nur 40 Gulden. Im „Herzog Wallenstein“ wurde ein kleines Zimmer gemietet. Zwei Sessel, ein kleines Tischchen, welche Gegenstände von dem Vermieter beigegeben wurden, und ein großer, alter runder Tisch, den wir bei einem Trödler gekauft hatten, bildeten die ganze Zimmereinrichtung.

Und so erschien am 17. Oktober 1890 die erste Nummer des „Freigeist“. Gleich zeigte es sich, zum Schreden unserer Gegner, daß die sozialdemokratische Partei nicht tot war: Es entstand in kurzer Zeit eine Bewegung, welche alle Erwartungen übertraf. Der „Freigeist“ wurde nur zweimal monatlich herausgegeben. Für eine Zeitung, welche wöchentlich einmal herauskam, mußten 4000 Gulden als Kautionserlegt und außerdem für jedes einzelne Exemplar ein Kreuzerpfeil gezahlt werden. Obwohl der Freigeist nur vierseitig erschien und das Exemplar 6 Kreuzer kostete, so waren doch die ersten Nummern rasch vergriffen. Von Nummer zu Nummer stieg die Auflage, so daß sie bis zum ersten Mai 1890 eine Höhe von 8000 erreichte hatte, eine für die damalige Zeit ungemein hohe Auflage. Brachten es doch vor seinem Erscheinen der „Arbeiterfreund“ nur auf 1800 und der „Radikale“ auf 3000 Exemplare.

(Fortsetzung folgt.)

meiden wollen. Denn dadurch hätten alle Koalitionsparteien dieser Koalition das Vertrauen aussprechen müssen, um sie am Leben zu erhalten. Manche der Parteien, die jetzt die Opposition markieren, wären dadurch vor die höchst peinliche Situation gestellt worden, Farbe bekennen zu müssen.

Es sprach daher ein Redner der bisherigen Koalition nach dem andern und suchte nach Ausreden, deren Unwahrscheinlichkeit auf den ersten Blick zu durchschauen war. So erklärten sie, daß mit Rücksicht darauf, daß der Ministerpräsident eine der Politik der früheren Regierung analoge Erklärung abgegeben werde, und mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit eine Debatte derselben nicht stattfinden könne, daß aber im April Gelegenheit gegeben werde, eine Debatte abzuführen, bis die Regierung in der Lage sei, ein ausführlicheres Programm vorzubereiten.

Bei diesen Ausreden ergab sich die interessante Tatsache, daß entgegen den anderslautenden Meldungen der Koalitionspresse die Koalition noch weiter besteht, ihre Organe hat und Beschlüsse faßt.

Es sprach dann nochmals Dr. Keller, der dagegen polemisierte, daß deshalb, weil die Regierung das Programm der früheren Regierung fortsetzen wolle, eine Debatte überflüssig sei. Denn wenn die gegenwärtige Regierung das alte Programm übernommen habe, dann sei doch eine neue Regierung nicht notwendig gewesen.

Zum Schluß stellte Genosse Dr. Keller das Verlangen, der Außenminister möge im Senat erscheinen, um über die letzten Vorgänge auf dem Gebiete der Außenpolitik (Temeswar, Vertrag mit Oesterreich, Genf usw.) dem Hause Bericht zu erstatten, damit alle Parteien Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende versprach, diesem Verlangen nachzukommen.

Die Plenarsitzung selbst begann dann um halb 5 Uhr. Bei Verlesung der Regierungserklärung (die den gleichen Wortlaut hat wie die im Abgeordnetenhaus vorgelegene) kam es zu stürmischen Zwischenrufen der Opposition. Bevor der Ministerpräsident noch zu reden begann, rief ihn Dr. Keller zu: „Werden Sie über die Fälle, die Kongrua und die Versammlungsbefehle auch sprechen?“ Als Cerny über die Aufgaben der Regierung sprach, warf Gen. Riehnner ein: „Ein schlechtes Geschäft haben Sie da übernommen!“ (Beifall und Bewegung im Hause.) Die Koalition applaudierte natürlich am Schluß; als Gen. Polach diesen Applaus mit der Feststellung variierte: „Die Koalition funktioniert wieder!“ riefen die Oppositionsenatoren ironisch: „Hoch die Koalition!“

Unsere Genossen hatten zu der Regierungserklärung den Antrag eingebracht,

die Debatte möge in der nächsten Sitzung abgeführt werden.

Ferner verlangte sie bei der Abstimmung über diesen Antrag Auszählung der Stimmen. Man stellte es sich heraus, daß von der Opposition nicht alle Mann am Platze waren; in den deutschbürgerlichen und slowakischen Bänken gab es große Lücken: den 78 Koalitionstimmen standen bloß 53 Oppositionstimmen gegenüber.

Darauf gab es noch einige weitere Befugnisse, um 5.15 Uhr war alles vorüber. Wann die nächste Sitzung stattfindet, weiß heute noch kein Mensch. . . .

* * *

Für die Einberufung der Obmännerkonferenz.

Vorsprache des Gen. Dr. Czech be'm Präsidenten des Abgeordnetenhauses.

Prag, 24. März. Gen. Dr. Czech sprach heute im Namen unserer Fraktion beim Präsidenten des Abgeordnetenhauses vor, brachte ihm den Antrag der deutschen Sozialdemokraten auf Einberufung der Obmännerkonferenz in Erinnerung und urgierte die dringlichste Erledigung dieses Antrags. Hierbei machte Genosse Dr. Czech den Präsidenten des Hauses auf die durch den Regierungswechsel und den Zerfall der Koalition geschaffene Lage aufmerksam, welche die Einberufung einer Obmännerkonferenz zur Zeitung der parlamentarischen Geschäfte geradezu als unumgänglich notwendig erscheinen läßt.

Präsident Malypetr erklärte nach kurzer Würdigung der Darlegungen des Genossen Dr. Czech, daß er den Antrag unserer Fraktion sofort nach den Osterferien dem Präsidium zur Stellungnahme vorlegen und die Entscheidung sobald als möglich herbeiführen werde. In der gleichen Angelegenheit wurde auch eine geschäftsordnungsmäßige Anfrage eingebracht.

Tschechische Nationalsozialisten und Regierung Cerny. In einer Rundgebung des Exekutiv-ausschusses der tschechischen Sozialdemokraten heißt es u. a.: „Die Situation ist den Vertretern der Volksmassen unerträglich geworden und obwohl wir die Notwendigkeit der Lösung der Krise in der Industrie und der Landwirtschaft anerkennen, anerkennen wir nicht daß dies mit allen Mitteln der Verständigung gelassen sei. Das Verhältnis zur Beamteneinregierung wird die Partei nach dem Programme und ihren Taten einrichten, besonders zu der sich anbahnenden wirtschaftlichen Krise und den unausschließbaren Forderungen der Volksmassen, wie es die Frage des Behaltensystems, der Baubewegung, der Steuerreform, die Versorgung der älteren Personen usw. ist. Die Partei ist sich des Ernstes der gegenwärtigen politischen Situation bewußt, in ihrem Verhält-

nis zu dem neugeschaffenen Regierungssystem aber bestehen keinerlei tatsächliche Verbindlichkeiten.“ — Die Rundgebung stellt einen kleinen Schritt der Partei nach links und eine Desavouierung der Schreibweise des „Ceske Slovo“ in den letzten Tagen dar.

Cerny glaubt, daß sich die Sprachenverordnungen einleben werden! Ministerpräsident Cerny hat die Journalisten der ehemaligen Koalitionsparteien empfangen und ein Exposé über die aktuellen Fragen gehalten, die seine Regierung von der vorhergegangenen zur Lösung übernommen habe. Er beschloß sich u. a. auch mit den Sprachenverordnungen, von denen er behauptete, daß sie sich auch in der andernationalen Bevölkerung des Staates einleben beginnen. Er erklärte, daß einzelne Schwierigkeiten, auf die von deutscher Seite, besonders in der Stellungnahme des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper zu den Verordnungen,

in durchaus sachlicher Weise hingewiesen wurde, administrativ gelöst werden könnten, ohne daß dem Staatsinteresse daraus neue Schwierigkeiten erwachsen würden.

Benes' Mandat. „Ceske Slovo“ teilt mit, daß es bisher noch zu keiner endgültigen Entscheidung bezüglich des Mandatsverzichtes Dr. Benes' gekommen sei. Auch die Sitzung des Exekutiv-ausschusses der Partei und des Abgeordneten- und Senatorenklubs sei zu keinem Resultate gelangt. Die Verhandlungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Vor allem soll auf die außenpolitische Situation Rücksicht genommen werden. „Ed. Robiny“ bezeichnen das Verlangen nach der Mandatsniederlegung des Außenministers als Diktat der Nationaldemokraten und Volksparteier, dem nachzukommen die Partei der tschechischen Sozialisten keinen Grund habe. Dr. Benes werde sein Mandat behalten.

Der Matteottimord ohne Sühne.

Drei Angestellte nominell zu sechs Jahren verurteilt. — Nach Einrechnung der Amnestie und der Unteruchungshaft noch drei Monate zu verbüßen. Zwei Angestellte ganz freigesprochen.

Chiari, 24. März. Das Urteil im Prozesse gegen die Mörder Matteottis wurde heute nachmittags nach der Beratung der Geschworenen verkündet. Auf Grund des Wahrspruches der Geschworenen verurteilte der Gerichtshof Dumini, Bolpi und Poveromo zu

fünf Jahren, elf Monaten und zwanzig Tagen schweren Kerkers

sowie zu lebenslänglichem Verlust des Rechtes, öffentliche Funktionen zu bekleiden, und zur Tragung der Prozesskosten. Die Angeklagten Viola und Malacra wurden freigesprochen.

Das Urteil lautete ursprünglich wegen Totschlages ohne Vorbedacht auf je zwölf Jahre

Kerker. Weil jedoch nicht erwiesen sei, wer von den dreien unmittelbar die Ursache von Matteottis Tod war, wurde die Strafe auf sieben Jahre und durch Jubiläum mildender Umstände durch die Geschworenen weiters auf fünf Jahre elf Monate und zwanzig Tage heruntergesetzt.

Da es sich um ein politisches Verbrechen handelt, werden die Angeklagten auf Grund der Amnestie eines weiteren Straferlasses von vier Jahren teilhaftig, so daß die drei Verurteilten nach Anrechnung der Untersuchungshaft in Wirklichkeit bereits in der ersten Junihälfte dieses Jahres in Freiheit gesetzt werden.

Die Protestkundgebungen der deutschen Arbeiterschaft.

Gegen die Zoll- und Steuerentate — gegen nationalistische Gewalt — für den nationalen Frieden!

Die Protestaktion der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft nimmt ihren Fortgang. Den vielen Volksversammlungen, die unsere Partei in den letzten Wochen schon veranstaltete, folgen in den nächsten Tagen weitere, die den Kampfwillen des deutschen sozialdemokratischen Proletariats zum sichtbaren Ausdruck bringen.

Wir registrieren nachstehende, uns bisher bekannten Ankündigungen von Versammlungen an den kommenden Tagen:

Donnerstag, den 25. März:

Arnau, Hohenelbe, Marschenborn, Trautenau.

Freitag, den 26. März:

Wernsdorf (Vereinshalle), Troppau („Zu den drei Säulen“).

Samstag, den 27. März:

Jglau („Zu den drei Fürsten“), Jägerndorf („Arbeiterheim“), Weipert („Sporthotel“).

Sonntag, den 28. März:

Auffig, Benen, Bennisch,

Bilin („Stadt London“),

Bodenbach, Brünn („Schubertbundsaal“), Brüg (l. Platz), Dux („Eichlethof“), Hohenplog (Schneefläche), Klein-Mohrau, Judgersthal („Gasthaus Pichalek“), Oberleutensdorf („Deutsche Haus“), Teplitz (Marktplatz), Wigstadt (Arbeiterheim), Würbenenthal (Arbeiterheim), Zwittau („Glysum“).

Montag, den 29. März:

Oberleutensdorf („Deutsche Haus“).

Dienstag, den 30. März:

Mährisch-Trübau (Rinosaal).

Unser Frauentag.

Ueber die Veranstaltungen zum Frauentag erhielten wir noch folgende Berichte:

Im Bezirke Mähr.-Schönberg

wurde der Frauentag in folgenden Orten abgehalten:

Mähr.-Schönberg (Referentin Genossin Jilg), Heiarichstal (Referentin Genossin Jilg), Mähr.-Altschadt (Referentin Genossin Langer), Frankstadt (Referentin Genossin Müller), Deutsch-Liebau (Referentin Genossin Wolf).

Der Besuch war überall gut, die Veranstaltungen nahmen einen würdevollen Verlauf. Fast über-

all wirkten die Gesangvereine mit, die Veranstaltungen wurden durch Regitationen, Musikvorträge und Lichtbilder verschönert. Die Resolution wurde in allen Orten einstimmig angenommen und zum Abschluß das „Lied der Arbeit“ gesungen.

Schludena.

Unsere Genossinnen mit ihren Angehörigen versammelten sich am Sonntag abends im Vereinslokal des Konsumvereines. Es herrschte eine gute feierliche Stimmung. Nach Eröffnung der Versammlung durch die Genossin Rejzl trug die Jugendgenossin Lisa Weith das Gedicht „Mutterliebe“ von Ada Rogri sehr hübsch vor. Das Referat, das Senator Genosse Rejzl erstattete, wurde sehr beifällig aufgenommen. Die Resolution wurde verlesen und angenommen. Der Frauentag wurde mit dem Vortrag des Gedichtes „Mütter“ durch die Genossin Rejzl geschlossen. Der Besuch war gut.

Die Wiener Lehrerschaft sozialdemokratisch.

Wien, 24. März. (Eigenbericht.) Heute haben im Verband der Angestellten der Stadt Wien die Lehrer ihre Delegierten gewählt. Die Christlichsozialen und die Großdeutschen hatten diesmal nicht erst landbiert, sondern bloß die Forderung an die Lehrerschaft gerichtet, leere Stimmzettel abzugeben. Von den 4200 abgegebenen Stimmen waren aber nur 689 Jettel leer, so daß also nicht einmal ein Sechstel der Lehrerschaft christlichsozial oder großdeutsch ist.

Für den ausgesprochen sozialdemokratischen Zentralverein wurden 2011 Stimmen abgegeben, für die Verbandsliste, die unter sozialdemokratischer Führung und zum großen Teile auch sozialdemokratisch ist, 1392 Stimmen.

12 1/2 Millionen Stimmen für das Volksbegeh.

Berlin, 24. März. (Eigenbericht.) Die Summe der Eintragungen für das Volksbegeh in 34 Wahlkreisen beträgt bisher 12.116.284; es fehlt noch das Ergebnis aus dem Wahlkreis Hamburg. Insgesamt kann man sicher mit einer Gesamtzahl von über 12,5 Millionen Unterschriften rechnen.

Es besteht in allen Kreisen die feste Ueberzeugung, daß sich dieser Erfolg beim zweiten Akt, dem Volksentscheid, noch wesentlich steigern werde.

Eine Reichsfrauenhschule.

Unmittelbar anschließend an die Reichsparteischule, die am 27. d. zu Ende geht, findet im Genesungshaus in Remblig bei Auffig eine Reichsfrauenhschule für Frauen statt. Für diese Schule, die ebenfalls vier Wochen dauern wird, wurden eine Reihe kenntnisreicher Genossinnen und Genossinnen als Lehrer gewonnen. Nachstehend der Lehrplan:

Josef Hofbauer: Die Frau als Rednerin und Journalistin.

Dr. Emil Franzel: Die Stellung der verschiedenen Klassen und Parteien zum Frauenproblem.

Mathilde Wurm-Berlin: Frau und Sozialismus.

Anna Bloch: Wohnungskultur.

Dr. Arnold Politischer: Alkoholismus und Frau.

Janni Blatny: Die Frau im Recht.

Marianna Pollak-Wien: Geschichte der sozialistischen Ideen.

Marianna Pollak-Wien: Liebe, Ehe und Sozialismus.

Prof. Johann Polach: Einführung in die Politik.

Dr. Markus Ungar: Frauenhygiene.

Otto Jense n-Bera: Wirtschaftsgeschichte der Menschheit.

Otto Jense n-Bera: Religion und Sozialismus.

Prof. Gustav Schweiger: Sozialistische Erziehung.

Die Frauenreichsschule wird am 29. März um 3 Uhr nachmittags eröffnet. Wir begrüßen es daß die Durchführung einer Frauenhschule möglich wurde und wünschen ihr Erfolg.

Die tschechoslowakischen Sprachenverordnungen.

Vortrag des Genossen Dr. Strauß in Berlin.

Berlin, 24. März. (Eigenbericht.) In einer außerordentlich gut besuchten Versammlung des österreichisch-deutschen Volksbundes, die in einem Saale des Reichstages stattfand, sprach heute abends Genosse Dr. Emil Strauß-Prag über das Thema „Völkerstreit und Sprachenfrage in der Tschechoslowakischen Republik“. Redner gab einen geschichtlichen und kulturellen Ueberblick über die Entwicklung der nationalen Differenzen, die über das alte Oesterreich in die heutige Republik reichen. Dann schilderte er die Benachteiligung der deutschen Bevölkerung durch die Sprachenverordnung.

Die außerordentlich interessanten Ausführungen, an die sich eine Aussprache anschloß, fanden die größte Aufmerksamkeit der Zuhörer.

Sowjetrußland und die Abrüstungsfrage.

Berlin, 24. März. Der „Vorwärts“ bringt eine Meldung der Telegramen-Union, wonach die Sowjetregierung durch ihre Vertreter in Paris, Berlin, Rom und London mitzuteilen beschloß, daß sie an der Abrüstungskonferenz teilnehmen werde, wenn diese nicht in der Schweiz, sondern in Wien, Prag oder einer französischen Stadt stattfinden. In Moskau verlautet, Kansen werde die Vermittlung in dieser Angelegenheit übernehmen, da man hofft, daß Ransen, der in sehr guten persönlichen Beziehungen zu Schitscherin steht, mit einer solchen Vermittlung Erfolg haben werde.

Der „Vorwärts“ bemerkt dazu: Gegenüber der kleinen Schweiz kann sich das russische Riesenvolk diese Haltung erlauben; gegenüber einer Großmacht würde es viel kleinlauter sein besonders wenn es politisch oder wirtschaftlich Vorteile von ihr erhofft. Nur aus realpolitischen Gründen, sagt das Blatt weiter, sind wir dafür, daß man in diesem Falle Sowjetrußland gegenüber nachgibt und sei es nur, um ihm den Vorwand zu nehmen, einer Konferenz fernzubleiben, auf der es Farbe werde bekennen müssen.

Eine Aktion der russischen kommunistischen Opposition.

London, 24. März. Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ in Nizza meldet, daß eine Gruppe einflußreicher Mitglieder der Opposition in der russischen kommunistischen Partei in das Ausland eine Sonderdelegation entsandt hat, um mit den Führern der russischen Sozialisten in Fühlung zu treten und mit ihnen über die Möglichkeit zu beraten wie die gegenwärtige Diktatur der kommunistischen Führer in Rußland zu beseitigen wäre. Wenn sich eine solche Möglichkeit fände — soll die kommunistische Opposition, welche täglich zunimmt und an Kraft gewinnt, die Absicht haben, eine außerordentliche Konferenz der kommunistischen Partei einzuberufen, auf welcher über die „Rekonstruktion“ des Sowjetregimes Beschluß gefaßt und eine neue Koalitionsregierung gebildet würde.

Vor der Demission des rumänischen Kabinetts.

Bukarest, 24. März. (Rdaor.) Blättermeldungen zufolge wird die Regierung dem Könige Freitag ihre Demission überreichen, wenn das Gesetz über die Wahlordnung vom Parlamente Donnerstag angenommen würde. Wenn dies aber erst am Samstag der Fall wäre, würde die Regierung noch am Abend desselben Tages zurücktreten. Der König wird, sobald die Regierung demissioniert haben wird, mit den Beratungen bezüglich der Bildung eines neuen Kabinetts beginnen.

Das Budget eines „sozialistischen“ Staates.

976 Millionen Rubel indirekte Steuern in Sowjetrußland gegen 582 im Botschafter. — 624 Millionen Rubel Militärbudget. — Massensteuern, Zölle, Auftritte.

Der „Oesterreichische Volkswirt“ hat von dem Budget des „sozialistischen“ Sowjetrußlands, dessen Zahlen ein bezeichnendes Licht auf die Wirtschaftsverhältnisse Rußlands werfen. Nach den Berichten der Rußlanddelegation:

A. Ordentliche Einnahmen aus Steuern:

	Voranschlag in Tausend Rubel 1925/26	Zuschläge Einnahme 1924/25
1. Direkte Steuern:		
a) Landwirtschafts-	235.008	
b) Gewerbe	201.400	
c) Einkommen	126.190	
d) Renten	5.752	
e) Erbschafts	5	
Insgesamt	568.090	588.552
2. Indirekte Steuern:		
a) Akzise	825.668	
b) Zölle	150.322	
Insgesamt	976.190	600.216
3. Gebühren	150.255	117.539
Gesamtsumme der Steuereinnahmen	1.695.434	1.306.307
4. Post und Telegraphie	145.000	92.973
5. Verkehrswege	1.300.000	902.000
6. Einnahmen aus Staatsvermögen:		
a) Staatsindustrie und -handel	165.389	
b) Banken	51.000	
c) Wälder	140.505	
d) Bodenschätze	33.822	
e) Sonst. Staatsvermögen	25.848	
f) Konzessionen	4.888	
g) Rückzahlung der Staatschuld des Außenhandelskommissariats	9.000	
Insgesamt	253.439	244.548
7. Rückzahlung sonstiger Staatsschulden	43.355	48.476
8. Sonstige Einnahmen	6.233	9.039
Gesamtsumme der nicht steuermäßigen Einnahmen	1.925.079	1.296.699
Gesamtbeitrag d. ordentlichen Einnahmen	3.620.512	2.603.006

B. Außerordentliche Einnahmen:

1. Realisation des Staatsfonds	28.125	20.750
2. Kreditoperationen:		
a) 8%ige Innenanleihe	40.000	
b) 2%ige Landwirtschaftsanleihe	60.000	
Insgesamt	113.500	120.565
3. Silber- und Kupfermünzen	30.000	80.000
4. Staatlicher Goldfonds	35.000	35.000
Gesamtsumme der außerordentlichen Einnahmen	158.125	256.315
Insgesamt	3.778.637	2.859.321

Die Ausgaben sehen sich folgendermaßen zusammen:

A. Ordentliche Ausgaben:

	Voranschlag in Tausend Rubel 1925/26	1924/25
1. Volkswirtschaft:		
a) für Handel und Industrie	137.000	
b) für Verkehrswege	1.250.415	
c) für Krieg und Marine	624.518	
d) andere Behörden und Institutionen	97.257	
Insgesamt	2.109.190	1.532.191
2. Gemeinsame Behörden und Institutionen der Sowjetrepublik (Zentralrußland) und der übrigen Republiken der Union	161.302	125.550
3. Nicht vereinigte Institutionen der Sowjetrepublik	368.597	250.729
4. Reservefonds	125.310	110.673
5. Subventionen	75.640	48.036
6. Abgabe von den Reichseinnahmen zugunsten des lokalen Budgets	245.647	223.585
7. Operationen der Reichskassenkammer	212.838	171.466
Insgesamt	3.208.525	2.462.231

B. Außerordentliche Ausgaben:

1. Landwirtschaft	175.375	147.302
2. Industrie	108.150	98.453
3. Elektrifizierung	74.030	49.899
4. Genossenschaften	35.000	14.000
5. Kommunalkredit	70.000	36.000
6. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	11.100	6.000
7. Arbeitslosigkeit	5.457	12.000
8. Sonstiges	1.000	49.726
Gesamtsumme der außerordentlichen Ausgaben	480.112	413.380
Insgesamt	3.778.637	2.875.611

Daraus ist vor allem zu entnehmen, daß in Rußland noch das alte Steuersystem der kapitalistischen Staaten in seiner ganzen Herrlichkeit erhalten ist. Die indirekten Steuern betragen 976 Millionen Rubel, das sind etwa 19,5 Milliarden Mk. Im Vergleich zum Vorjahre sind die indirekten Steuern, zu denen dann noch die Gebühren gesondert hinzukommen, um mehr als 400 Millionen Rubel, das sind 40 Prozent, gestiegen. Um vierhundert Millionen sind die indirekten Steuern, deren Bekämpfung eine der vornehmsten Aufgaben der Arbeiterbewegung ist, höher als die direkten. In Rußland müssen die breiten Massen wie in jedem kapitalistischen Staat den Hauptanteil an den staatlichen Lasten tragen. Dagegen sind die Einnahmen aus der Staatsindustrie und dem staatlichen Handel mit 165 Millionen Rubel recht gering. Es scheint mit der Erfassung des Kapitals durch den Staat nicht weit her zu sein, da Post und Telegraphie allein fast so viel abwerfen wie die gesamte Staatsindustrie. Die Eisenbahnen aber werfen ein Vielfaches dessen ab, was aus der „sozialisierten“ Industrie, die eben in ein paar Renommierbetrieben besteht, geholt wird. Nur um ein wenig sind die nicht steuermäßigen, in der Hauptsache durch die Bahn-tarife eingebrachten Einnahmen den Steuern überlegen. Der Zuder muß an indirekter Steuer

das abwerfen, was die berühmten Staatsbetriebe nicht bringen können, da es in die Taschen der neuen Reichen, der „Repmänner“, der ausländischen Kapitalisten fließt. Unter den Ausgabe-posten interessiert vor allem das Budget für Heerwesen. Es ist innerhalb eines Jahres von 448 auf 624 Millionen Rubel (12,5 Milliarden Mk) angewachsen. Es verschlingt die gesamten direkten Steuern und noch einen großen Teil der indirekten Abgaben. 16,5 Prozent aller Ausgaben entfallen auf militärische Zwecke. Zu den 1300 Flugzeugen, die der Sowjetstaat bereits besitzt, sollen 15 neue Geschwader mit je 13 Flugzeugen gebaut werden. Alle Einwände gegen die Höhe der Zölle und indirekten Steuern wie auch gegen das Anschwellen des Heeresbudgets widerlegen die Sowjetmachthaber damit, daß sie auf die Verhältnisse des zaristischen Rußland verweisen, in dem die indirekten Steuern 50 Prozent des Gesamtbudgets ausmachten, während sie heute nur 35 Prozent (außer den Gebühren) betragen, wie denn auch die Militärausgaben im zaristischen Rußland zweieinhalbmal so groß gewesen wären. Der „Oesterreichische Volkswirt“ verweist darauf, daß der Voranschlag der Sowjets außerdem auf Trugschlüssen aufgebaut ist, daß er mit einem zu hohen Ertrag der Landwirtschaft rechnet und die wachsende Verarmung des Landvolkes nicht in Rechnung setzt. Nach offiziellen Angaben

(„E. Shinn“) betrage in der Ukraine die Zahl der Bauern, die weder Blech noch Pflüge besitzen, 50 Prozent der Landleute. Interessant ist auch, daß die Ausgaben für Unterstützung der Arbeitslosen 220 Millionen Kopeken (11 Millionen Rubel) betragen, was bei der Massenarbeitslosigkeit wie ein Tropfen auf den heißen Stein wirken muß. Wer Zahlen zu lesen versteht, der wird aus dem Sowjetbudget ersehen, daß Rußland ein Staat ist, der die kapitalistischen Produktivkräfte in einem Maße entfaltet, wie wir es in Europa seit den Gründerjahren nirgends wahrnehmen. Aber Hand in Hand damit geht wachsende Verelendung der Massen und Anzeichen der Steuerschraube. Die Verteilung der Lasten und der Ausgaben beweist, daß Rußland ein kapitalistischer Staat ist und es mit jedem Jahr mehr wird.

Tages-Neuigkeiten.

Gerhart Hauptmann und der Faschismus.

Der größte und berühmteste Dichter des Deutschland von heute, Gerhart Hauptmann, dessen Wort auch jenseits der Reichsgrenzen Bedeutung zukommt, hat an den Chefredakteur der „Times“ folgenden Brief gerichtet, der in diesem Blatte am 3. März veröffentlicht wurde:

„Mein Herr! Ich sehe erst soeben Ihre Nummer vom 20. Februar, in der Ihr Berliner Korrespondent erzählt, daß, als der Graf von Vossdri (der bisherige italienische Botschafter in Berlin) nach Italien fuhr, er seine Reise unterbrochen habe, um in Bayern Herrn Gerhart Hauptmann zu besuchen, den Dramatiker, der ein großer Freund Vossdri's und ausgesprochener Gegner des Faschismus wäre. Bitte, lassen Sie mich Ihnen sagen, daß ich keinen solchen Besuch empfangen habe. Ich lebe nicht in Bayern und habe auch nicht die Ehre, den Grafen Vossdri zu kennen. Aber was ich feststellen möchte, ist, daß ich niemals, sei es in Wort oder in Schrift, irgendeine Meinung gegen oder für den Faschismus zum Ausdruck gebracht habe. Während der letzten sieben Jahre habe ich das Vergnügen gehabt, viel Zeit in dem geliebten Italien zu verbringen, und ich wünsche nicht, daß irgendwelche Italiener auf die Vermutung kommen könnten, daß ich als Ausländer und Gast so töricht und schlecht erzogen sei, um mich in irgendeiner Weise in ihre Politik einzumischen.“

Gerhart Hauptmann.

Villa Carlevaro, Rapallo, 26. Februar.

Liese Scham — das ist's, was man bei und nach der Lektüre dieses Briefes empfindet: diese Neutralitätserklärung gegenüber dem Faschismus, zwischen deren Zeilen, wenn man will, sogar so etwas wie Wohlwollen für ihn zu finden ist, beschämend für Hauptmann, beschämend zugleich Deutschland, die deutsche Nation und jeden Verehrer der Hauptmannschen Poesie. Genug, wenn der große deutsche Dichter nichts dazu und nichts dagegen zu sagen hat, daß in Südtirol hunderttausende Deutsche barbarisch unterdrückt werden; vollends ohne Fassung aber steht man vor der Tatsache, daß ein Gerhart Hauptmann, der revolutionäre Dichter der „Weber“ und „Florian Geyer“, keine Meinung hat zu dem entsetzlich-blutigen Wüten des Faschismus, Mussolinis und der Schwarzheerden; daß er zu gut erzogen ist, um, wenn er schon über Italien redet, vielleicht ein Wortlein über die Bestien zu verlieren, die Matteotti hinschlachten! Kein Mensch neidet dem greisen Dichter seine Bäder im Golf von Rapallo und niemand wird ihm seine Liebe für Italien und die Italiener übelnehmen. Aber je mehr er sie liebt, umso mehr wäre er, gerade er, auch verpflichtet, offen von der schwärenden Wunde zu sprechen, die der Faschismus am Körper Italiens und Europas bildet. Gält der Dichter das für töricht, so kann man sich der Vermutung nicht entschlagen, daß da im Kopfe eines Ausgewordenen falsches Taktgefühl und Scheu vor persönlicher Unannehmlichkeit den besseren Teil der Gesinnung erschlagen haben. Daß sich so das Bild eines Großen, der einst Laten im Kampf der Unterdrückten gegen die finsternen Gewalten gesetzt hat, verdüstert, ist zu tiefst schmerzhaft.

„Es war nur ein Lump . . .“

An der Berliner Universität ist ein Schweinerei passiert. Der Rospstuden Lehmann — er ist kein Jude — hat aus der Tasche der Studentenschaft erhebliche Beträge gemauert. Lehmann war ein waderer Mann und spielte eine große Rolle als Vorsitzender der bökischen Studentenverbindung Deutscher Waffenzug und erster Chargierter der in ähnlichem Jahnwasser schwimmenden Gothia. Er trug seine vaterländischen Farben in allen Ehren und schlug jeden Tag einen Roten tot. Nun hat man das räudige Schaf eingespunnen und der Rektor der Berliner Universität setzte als Motto über keine Ansprache, die er wegen des peinlichen Vorfalls den Vertretern der Presse hielt, das schöne Wort: „Es war Gott sei Dank nur ein Lump!“

Kürzlich beschimpfte ein Salentkruzer in München das Deutsche Reich mit dem Ausdruck „Judenrepublik“. Die Republik aber wollte sich das nicht gefallen lassen und verlegte den Pfleger wegen Beleidigung. Während es für sozialdemokratische Redakteure ein abgefärbtes Verfahren gibt, nach welchem man sie ohne Verhör wegen Belei-

gung eines Ministers drei Monate einstecken kann, ist dieser Prozeß bis zum höchsten Gericht der Republik getrieben worden. Der Richter hat eine gelinde Strafe ausgesprochen, beim ersten Straf-senat des Reichsgerichtes aber wurde das Gesetz in seiner vollen Schärfe angewendet, d. h. das Gesetz gegen die Republik.

Die Bezeichnung „Judenrepublik“ sei eine Beleidigung? Ja, ist denn diese Republik, von welcher der erste Strafsenat kein Gehalt bezieht, nicht von den Juden ausgerichtet worden? Also entschied im Urteil vom 22. Juni 1925 der hohe Senat:

„Der Ausdruck „Judenrepublik“ kann in verschiedenem Sinne gebraucht werden. Gemeint kann sein die neue Rechts- und Gesellschaftsordnung in Deutschland, die unter Beteiligung hervorragender deutscher und ausländischer Juden ausgerichtet wurde. Gemeint kann auch sein die übermäßige Macht und der übermäßige Einfluß, den die kleine Anzahl der Juden nach Ansicht vieler Volkskreise in Deutschland tatsächlich ausübt.“

Da hat es die Deutsche Republik also schwarz auf weiß, von ihren eigenen Richtern, was sie ist! Nun, jede Republik hat nicht nur die Juden, sondern auch die Richter, die sie verdient . . .

Die feinsten Exemplare von „ehrenwerten“ Männern fanden sich in den Hohenzollern-Palästen. Wenn der brave Patriot am Stammtisch von ihnen sprach oder der Bezirksmajor im Kriegerverein keine Rede hielt, dann sah man richtig den Heiligenschein um die Hohenzollernköpfe wachsen.

Ein Mustere Exemplar ist der Prinz Friedrich Leopold von Preußen; er sticht alle anderen königlichen Vettern aus. Wegen seiner Lotterwirtschaft hat ihm der reichliche Staat die Verwaltung abnehmen müssen und ist dabei hinter sehr interessante Dinge gekommen. Der seine Prinz war fast täglich betrunken und behandelte seine Diener schlechter als seine Hunde. Wir zitieren aus den Aussagen:

„Während der Kriegszeit, als alle Lebensmittel bereits knapp wurden, mußten die Hunde des Prinzen mit allerlei menschlicher Nahrung gefüttert werden. Reis wurde gernerweise durch den Hofmarschall v. Dornow angekauft, verstaubt gehalten und mit Fleisch gekocht den Stallhunden gereicht (sieben bis acht Hunde). Die Hunde in der persönlichen Umgebung des Prinzen mußten auf Befehl besser gefüttert werden, das heißt, sie erhielten gebratene Schweinskoteletten, Schlagrahmschnitzel, Kalbskoteletten usw. überhaupt nur das beste Fleisch. Die Hunde, insbesondere sein Lieblingshund Tom, waren durch diese überreiche Nahrung derart überfüttert, daß sie die vollen Futterkörner liefen. Dem Lieblingshund Tom mußte ich dann die gebratenen Schlagrahmschnitzel ins Maul stopfen.“

Nach den Aussagen eines anderen Dieners hat der Prinz einen Angestellten, der an galoppierender Schwindsucht litt, so lange zum Trinken gezwungen, bis er betäubtlos fortgeschafft werden mußte. Der Mann ist zugrunde gegangen.

Ein anderer Diener, der gleichfalls schon tot ist, wurde unter Beschimpfung und Drohung vom Prinzen gezwungen, in das an das Ankleidezimmer grenzende Badezimmer zu gehen, und von dort aus auf allen Vieren in das Ankleidezimmer zu kriechen. Vorher mußte er laute ausstoßen, die man nur von einem Hunde zu hören gewohnt ist. Nach dem Pfiff des Prinzen mußte er dann wie ein Hund in das Ankleidezimmer kriechen, dort die Manier eines Hundes nachahmen und aus einem mit Fleisch gefüllten Gefäß, das auf dem Fußboden stand — „fressen“.

Nach der Aussage des prinziplichen Garderobiers beschimpfte der Prinz seine Dienerschaft mit folgenden Ausdrücken:

„Dämliches, dreckiges, deutsches Lumpengesindel, das ich mir halten muß, ich warre bloß auf die Gelegenheit, einem die Hirnchale einzuschlagen, und zwar noch weicher wie Pflaumenmus . . . Hinterlistiges, dreckiges, freches Lumpengesindel, das ist keine Dienerschaft, das ist Dreckdienerschaft, die meine Lvree trägt vom ersten bis zum letzten, dieses hinterlistige Schweinepad.“

„Dreckiges, deutsches Lumpengesindel!“ Herrliche Sprache deutscher Landesväter. Und diese Gesellschaft will im Verein mit deutschen Richtern dem Volk das Fell über die Ohren ziehen! Wer ist das Lumpengesindel?

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, den 26. d. M.

Brag, 15.30, 16.30, 20.02: Konzerte; 19: Deutsche Sendung: Landwirtschaftl. Sendung. — Brann, 19: Konzert; 20.10: Schauspielstunde. — London, 20.25: Chopinabend. — Paris, 21.45: Konzert. — Berlin, 20.30: Richard Strauss-Abend. — Stuttgart, 20: Symphoniekonzert. — Leipzig, 19.30: „Sibelio“. — Breslau, 20.10: Konzert. — München, 20: Abendveranstaltung. — Frankfurt, 20.15: Winterabend. — Wien, 20.15: „Frohingsfest“. — Zürich, 20.30: Konzert.

Wellenlängen der Stationen: Brag 368, Brann 521, London 365, Paris 1750, Berlin 505 und 576, Stuttgart 443, Leipzig 452, Breslau 418, München 486, Frankfurt 470, Wien 530, Zürich 516.

Die indische Frau.

Ein verheimlichtes Todesopfer der Prager Explosionskatastrophe. Am 16. März verließ, wie „Pravda“ meldet, im Allgemeinen Krankenhaus in Prag Herr Ottolar Cerny, Direktor einer Unfallversicherungsanstalt in Prag, an den Folgen der Verletzungen, die er bei der Explosion in der Tschlergasse erlitten hat. „Interessant ist“ — schreibt das Blatt — „daß in dem Ausweise über die Verletzten und Verunglückten dieser Name überhaupt nicht veröffentlicht wurde. Es wurde damals bloß mitgeteilt, daß ein gewisser Anton Saporla schwer verletzt worden sei, dessen Zustand ein kritischer war. Es wäre interessant festzustellen aus welchen Gründen es verheimlicht worden ist, daß bei der Explosion Ottolar Cerny verletzt worden ist, und zwar so gefährlich, daß er diesen Verletzungen erlag. Es ist nicht das Ministerium für nationale Verteidigung sowie der übrige Kabinet, soweit sie mit der Katastrophe in der Tschlergasse zu tun hatten, auf diese Frage zu antworten. Mit einer Verheimlichung so ernster Unfälle, denen die Menschen unterliegen, entsteht die Meinung, daß es vielleicht mehr Verletzte und Tote bei der Katastrophe in der Tschlergasse gegeben habe, als die Behörden angegeben haben. Der heutige Fall mit diese Gerüchte, die in Prag kolportiert werden, nur unterstützen.“ — Der Zustand des schwer Verletzten Anton Saporla, der im Allgemeinen Krankenhaus auf der Klinik Krebich liegt, gibt zu unmittelbaren Besorgnissen keinen Anlaß, ist aber ziemlich schwer.

Arbeitslosigkeit — Volksleiden. Die verheerenden Folgen der Arbeitslosigkeit in Deutschland zeigt der Bericht des Stadtarztes in Sagan (Schlesien) über die Wirkung der im Jahre 1925 besonders in der Textilindustrie herrschenden Arbeitsknappheit. Etwa zwei Drittel der Kinder, die ihm zur Untersuchung vorgeführt wurden, waren in Gefahr, rhabdistisch zu werden, soweit sie es nicht schon sind. Ihr Widerstand ist äußerst gering. Zur Einschulung bestimmte Kinder von einem Gewicht von 13 bis 16 Kilogramm (Normalgewicht der Kinder von drei bis vier Jahren) sind keine Seltenheit. Unter den Kindern, die zu Ostern die Schule verlassen, sind nicht wenige von der Größe eines Elfjährigen, dem Gewicht eines Fünfjährigen. Der Zustand der Gesamtbeförderung hat sich in den letzten Monaten erschreckend verschlechtert und es ist bereits ein Anzeichen der Volksleiden, besonders der Tuberkulose, erfolgt, die für die nächste Zukunft eine weitere Ausdehnung befürchten läßt.

Der Aufstieg der Bruderpresse in Deutschland. In einer Generalversammlung der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig konnte von einer bedeutenden Steigerung der Abonnentenzahl des „Volksboten“ berichtet werden. Auch in finanzieller Beziehung steht das Unternehmen gut da. An Vermögenswerten können rund 280.000 Mark gebucht werden. Eine letzte Hypothek auf das Grundstück von 20.000 Mark konnte Anfang März gelöscht werden, so daß die Genossenschaft nunmehr über ein schuldenfreies Unternehmen von über einer Viertelmillion verfügt; der Reingewinn betrug im letzten Jahre über 52.000 Mark. Dieses Unternehmen ist geschaffen worden durch zähe und unermüdliche Arbeit, gleichsam aus dem Nichts; denn nur wenige Genossen haben durch ihre geringen Beiträge den Grundstock geschaffen.

Geisterpflanz im 20. Jahrhundert. Im Hause Nr. 27 des Webersdorfer Friedrichshain in Preuß.-Schlesien, spukt es. Seit langem schon. In letzter Zeit aber hat sich die Öffentlichkeit um die unerklärlichen Erscheinungen des merkwürdigen Geisterhauses angenommen, so daß sich ein junger Akademiker, der behauptete, daß er sich nicht vor Geistern fürchte, entschloß, eine „Probenaht“ in dem Geisterhaus auszuführen. Die Bewohner des armen Webersdorfer schwören darauf, daß einer der übrigen, der budlige Bauernknecht Florian Flechtner, der vor einigen Jahren in Friedrichshain verstorben ist, dort „umgeht“. Der Geist des seligen Florian benimmt sich jedoch im großen und ganzen ziemlich gesittet. Bisher hat er sich damit begnügt, die Besitzerin des Hauses durch Rütteln an den Türen und Wänden zu erschrecken und sie dann mit einem mehrstimmigen Chorgesang zu erfreuen. Auch der junge Mann, der den Mut hatte, im Gespensterhause von Friedrichshain zu nächtigen, hat dieselben Erfahrungen wie die Besitzerin des Hauses gemacht. Einer der Bewohner des Gespensterhauses, der älteste Sohn des früheren württembergischen Gesandten von Varnbühler, erlebte einmal des Nachts, daß ein Stuhl mit, mit der gefüllten Wasserschüssel nützlichen Bewegungen durch das Zimmer zu tanzen begann. In Breslauer offenkundigen Kreisen interessiert man sich neuerdings außerordentlich für das Friedrichshainer Gespensterhaus und beabsichtigt, die Phänomene des Geistespucks im Webersdorfer einer wissenschaftlichen Untersuchung zu unterwerfen.

Eine seltsame Naturerscheinung. In der Nähe von Ferrara ist bei Tiefbohrungen eine gewaltige Flamme aus dem Erdinnern hervorgebrochen, die zu 15 Metern Höhe seit 24 Stunden von großen Entsetzen der Bewohner brennt. Man vermutet, daß es sich um die Entladung unterirdischer Gas handelt.

Gewinne des Braukapitals in Deutschland. Das Brauhaus A. M. Berg A.-G. schließt mit einem Reingewinn für 1925 von 155.000 Mark ab und verteilt eine Dividende von 8,5%. — Das Brauhaus R. u. Berg A.-G. schließt mit einem Reingewinn von 1.008.000 Mark ab und verteilt eine Stammaktien Dividende von 12%. — Die Berliner Rindbrauerei A.-G. bringt aus einem Reingewinn von 1,3 Millionen Mark eine Stammaktien Dividende von 18% heraus und erreicht eine Absatzsteigerung von etwa 70 Prozent.

Die große indische Freiheitsbewegung, die vor allem gelangweilt ist durch den Namen Gandhi, hat erneut den Blick auf die Stellung und das Schicksal der indischen Frau gerichtet, da die Befreiung der Frau aus der jahrtausendlichen Sklaverei der Vorwelt einen der Grundpfeiler der indischen Freiheitsbewegung bildet und von geistig hochstehenden Frauen, wie der Dichterin Sorajit Radu, der Frau Gandhi, und anderen bedeutenden Indierinnen getragen wird. Auch der im Abendland so außerordentlich hochgeschätzte indische Dichter Tagore sagt im Hinblick auf die Stellung der Frau in einem Aufsatz „Das indische Eheleben“ in dem von Graf Rejterling herausgegebenen „Ehobuch“: „Die Zeit ist für uns angebrochen, da wir wieder anfragen sollen, unsere Probleme neu zu stellen und unsere Gedanken und Schlüsse in Zusammenhang zu bringen mit denen der gesamten Menschheit.“ Die Abgeschlossenheit des uralten Kleingewand läßt sich auch in kultureller Beziehung, mehr aufrechterhalten.

Was eine Emanzipation der indischen Frau bedeuten würde können wir annähernd ermessen, wenn wir uns vor Augen halten, daß das indische Volk mit seinen 320 Millionen Mitgliedern den

höchsten Teil der Menschheit

bildet und ein Gebiet von der Größe Europas (außer Rußland) bewohnt. Innerhalb dieses ungeheuren Komplexes ist die Stellung der Frau natürlich nicht überall gleich; sie unterscheidet sich sozial wie regional sehr stark. Während in Madras, im äußersten Süden, wo noch das Mutterrecht herrscht, die Frau freier ist als selbst im zivilisierten Europa oder Amerika, da die Frau der 20 bis 200 Millionen umfassenden patriarchalischen Großfamilie mit Energie, Ordnungssinn und Organisationsfähigkeit wie eine kleine Königin vortritt; und die dunkelste größte gesellschaftliche Beschädigung erleidet, lebt die Frau des indischen Nordens, zumal in den vornehmen Ständen, noch ganz unter der Sklaverei des „Bardah“ („hinter dem Schloß“), d. h. der völligen Abschließung von der Außenwelt und der unbeschränkten Herrschaft des Vaters und später des Gatten. Die Mohammedanischen Frauen, bei denen wenigstens der strenge Winterrhythmus fortdauert, stehen etwas besser da als die Hindu-Frauen, die zwei Drittel aller indischen Frauen bilden, jedoch ist auch bei ihnen das Bardah in voller Geltung, und die Hindus haben es erst von den Mohammedanern übernommen.

Wie gestaltet sich nun das Leben der indischen Frau im Bardah?

„Sorge, daß der Faden deiner-Rasse nicht abbricht“, sagen die Veden, und so gilt für den Hindu das unbedingte Gebot der Verehelichung, damit verbunden die Unlösbarkeit der Ehe, die man sich sogar für das Jenseits geschlossen denkt. Für die Frau sind Jungfräulichkeit vor der Ehe und Keuschheit in der Ehe ihr einziger Ehrenkodex. Der Eintritt in die Familie des Gatten verlangt von ihr unbedingte Unterwerfung gegenüber seinen Eltern, besonders seiner Mutter.

Eines der Hauptübel des indischen Ehelebens liegt in der Häufigkeit der Frühhehen, die immer dort auftreten, wo nicht der persönliche Wille der Beteiligten, sondern die Großfamilie, zumal die vaterrechtlich: Gewalt, über Eheschließung entscheidet. Da die Ehe noch äußeren, materiellen Gesichtspunkten geschlossen wird, so zwingt man die Kinder in einem Alter zu diesem Schritt, wo sie noch keinen

Hygienische Volksaufklärung auf dem Jahrmart. Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat kürzlich auf dem sogenannten „Pferdemarkt“ in Schleswig, einem der größten Jahrmärkte Schleswig-Vollsteins, mitten zwischen den Scheubuden ein großes Zelt errichtet, das eine kleine hygienische Ausstellung vom Dresdener Hygiene-Museum enthielt. Die Jahrmarktbesucher wurden auf diese Weise mannigfaltig aufgeklärt über Anatomie des Menschen, Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Tuberkulosefürsorge, Alkoholmißbrauch, zahlreiche gewerbliche Verunreinigungen und vieles andere mehr. Das Bestreben, ein solches wissenschaftlich wertvolles Unternehmen in den Jahrmarktstrüben einzuführen, ist sehr zu begrüßen und verdient im Interesse der Volksgesundheitspflege anderswo Nachahmungen.

Der deutsche Admiral Scheer hat am 3. Januar 1919 einen Brief an den damaligen Staatssekretär des Reichsmarineamtes gerichtet, in dem es heißt: „Lieber Ritter von Mann! Es tut mir leid, wenn ich Sie mit meinen Ausprüchen sogar auf Urlaub verfolgt habe. Umfomehr danke ich Ihnen für den Bescheid, der mir einige Ausblick eröffnet, mit einem blauen Auge aus der Geschichte herauszukommen. Auf die „hohe Pension“ fürchte ich, wird man kaum lange rechnen können; denn ohne blutige Auseinandersetzungen über den Besitz der Gewalt geht eine Revolution kaum ab. Mit besten Grüßen Ihr Scheer.“ Admiral Scheer, der „Macher“ der angebl. Marineerfolge und der Vater des Justizmordes an den beiden Matrosen Reichpietsch und Köbes, hat diese Revolution und ihr Kind, die Republik, offenbar ganz gewaltig überflüssig!

Zwergstaaten. Das „Diplomatische Jahrbuch“ des Gotha'schen Kalenders, das soeben neu erschienen ist, bespricht uns über die Existenz einiger Staatenkuriositäten, die dem normalen Menschen bei dem Studium der Landkarte grotesk entgegenfallen. Auf der untersten Stufe dieser staatslichen Zwerggebilde rangiert Andorra, das sich zur Verhöhnung seiner Nachbarn, als neutraler Staat erklärt und etwa 5000 Ein-

Widerstand leisten können und ganz der väterlichen Autorität ausgeliefert sind. Für solche Kinderchen indes: Tagore in seinem oben zitierten Aufsatz die Erklärung, daß die Reingeborenen, die in Indien Goudharo, d. h. „geboren aus Reinerde“, genannt wird, um des strengen religiösen indischen Begriffes, des Dharma, willen, verpönt ist, und nach daher die Menschen zu einem Zeitpunkt vermählt, wo sie der „Reinerde“ noch nicht verfallen sind. Hier verkennt Tagore zweifellos die durch das Großfamilienystem gegebenen soziologischen Bedingungen. Die „Schönheit“ der Reinerde, das langjährige geschlechtliche Nebeneinanderleben der jungen Gatten, wird immer problematischer, je mehr sich durchbrechender Individualismus gegen fremde Verfügung über das eigenste Schicksal, wehrt. Geradezu grotesk ist es doch, wenn in den gebildeten Ständen der junge „Gatte“ nach seiner Vermählung noch jahrelang die Schulbank drückt. Auch die hygienischen und rassenhygienischen Folgen treten stets mehr ins Bewußtsein, da längst nicht mehr der junge Gatte ein Knabe ist, sondern oft ein reifer Mann, das Mädchen aber immer ein Kind so begünstigt die Frühhe, auch in Struktur und Sinne, das frühe allzufrühe Gebären der Frau die schon mit 15 Jahren Mutter wird und mit 25 Jahren verblüht ist. Bald nach Eintritt der Pubertät

sterben Frauen so massenhaft.

daß in Indien ein bedeutender Männerüberschuß besteht. Einige Zahlen mögen dies verdeutlichen. Im Alter von 10—15 Jahren betragen die männlichen Todesfälle 11,8, die weiblichen 14,6, im Alter von 15—20 Jahren ist das Verhältnis 11,8 zu 24, und im Alter von 20—30 Jahren 14 zu 25. In Asakuta belaufen sich die Todesfälle im Wochenbett auf 1 pro 40, in England auf 12 pro tausend! Dem entspricht, daß in Indien von je tausend Frauen im Alter zwischen 15 und 20 Jahren 771 verheiratet sind, in Europa und Amerika dagegen 110 bis 120. Mehr als 40 Prozent der geborenen Kinder stammen von Müttern im Alter von 15 bis 20 Jahren, und so ist eine unmittelbare Folge der Frühhe eine

erschreckend hohe Kindersterblichkeit;

die durchschnittliche Sterblichkeitsziffer von 30 pro tausend in Indien ist mehr als doppelt so hoch wie in Europa (14 pro tausend).

Statistiken von 1921 ergeben, daß sich in den großen Städten die Kindersterblichkeit zwischen 290 und 670 pro tausend bewegt (in Europa zwischen 80 und 160). Aus den Statistiken von 1924 ist zu entnehmen, daß in Bombay die Säuglingssterblichkeit unter der Arbeiterbevölkerung auf 85 Prozent stieg! Wenn neben der Frühhe auch noch andere Erscheinungen, wie Volksarmut, Unwissenheit, unhygienische Methoden der Geburtshilfe usw., an diesen Zuständen die Schuld tragen, so kommt doch ein großer Teil auf das Konto der Frühhe. In Baroda besteht seit 1904 ein Schutzgesetz gegen die Kinderhe. Dies Gesetz zu verallgemeinern, ist ein Hauptkampfziel der erwachenden indischen Frau; es ist auch mehr und mehr eine staatliche Angelegenheit von vitalen Interesse, seit dem sich im letzten Jahrzehnt die indische Bevölkerung nur um 1,2 Prozent vermehrt hat, obwohl Indien gegenüber Europa als Schwach bestidelt gelten muß (166 Einwohner pro Quadratkilometer, Deutschland 332). Die durchschnittliche Lebensdauer beträgt 23,5 Jahre (in Europa 45 Jahre) und ist noch ständig im Abnehmen begriffen.

wohner zählt. Seit dem 17. Jahrhundert steht Andorra unter französischer Oberherrschaft es zählt Frankreich für seine staatsrechtlichen Bemühungen jährlich 900 Frank und dem Bischof von Urgill für seine kirchliche Betreuung 400 Frank. Alle zwei Jahre begehen sich drei Abgesandte zum Präfeld des Departements Ostpyrenäen, zahlen den Zins und erneuern den Freueid. Daneben nimmt sich Lichtenstein beinahe wie ein Großstaat aus. Es verfügt über 11.500 Einwohner und eigene Zollhoheit. Seine „Belange“ werden, wie der „Gotha“ berichtet seit dem Weltkrieg durch die Schweiz vertreten. Beschäftigter ist die Geschichte des Fürstentums Monaco. Nach französischer, spanischer und sardinischer Oberherrschaft erlangte es schließlich seine „Selbständigkeit“ wieder. Seit 1918 steht es unter französischem Protektorat. Seine Armee besteht aus drei Offizieren und 280 Karabinierern. Monaco wird „parlamentarisch“ von einem Duzend von Stadtverordneten regiert, verfügt aber über einen Staatsrat und eine komplette Regierung samt einem „Auswärtigen Amt“.

Kapitel Wohnungsnot. Dienstag kam es in Berlin in einem Hause der Hölste-Strasse zu Streitigkeiten zwischen zwei Mietparteien, die gemeinsam die gleiche Zweizimmerwohnung bewohnen müssen. Der eine Inhaber der Wohnung, ein 65-jähriger Sozialrentner namens Reich, (schon dabei aus einem Revolver auf den anderen Wohnungsinhaber namens Danenberg und dessen Sohn; dieser war sofort tot. Auch Danenberg ist sehr schwer verletzt.

Ueber das Preisausstreben der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in der staatslosokratischen Republik wird mitgeteilt: Auf das seinerzeitige Preisausstreben liefen fünf Arbeiten ein, von denen keiner der volle Preis zuerkannt wurde. Bloß eine davon unter dem Kennworte „Nur eine Viertelstunde“ (Dr. Rod-Tropf) wurde eines Trostpreises für würdig erkannt.

Riesige Sonnenflecke. Auf der Sternwarte in Kulltewa in Rußland wurde eine Gruppe neuer großer Sonnenflecke entdeckt, die selbst ohne Fernglas

Der Dichter des „Fröhlichen Weinberg“ Karl Zudmayer.



Karl Zudmayer's kräftiges und blutvolles Lustspiel „Der Fröhliche Weinberg“, das über viele deutsche Bühnen ging, von Modern vielfach angegriffen und in katholischen Gegenden vom Spielplan abgesetzt worden ist, geht heute am Prager neuen deutschen Theater zum ersten Mal in Szene.

erkennbar sind. Einige dieser Flecke betragen das Maß: Maße des Umfangs der Erde.

Anbau von indischem Hanf in Deutschland. Vor kurzem wurde in dem „Mitteilungen der deutschen Hortausstellung“ darüber berichtet, daß es glückt ist, auch in Deutschland den indischen Hanf — den Ghaschisch — anzubauen. Für die Wissenschaft ohne Zweifel ein höchst interessantes Ergebnis. Für die Allgemeinheit wird jedoch dieser „Erfolg“ bedenklich, wenn man hört, daß der Anbau dieser Ghaschisch schon weit über den Bedarf für Versuchszwecke hinaus gediehen ist und bald noch weiter gefördert werden soll. Mit Recht weist nun der bekannte deutsche Kaufschiffkennner Dr. Ernst Joel (Berlin) auf die Gefahren hin, die die Einführung des Ghaschisch-Genusses in Deutschland mit sich bringen würde. Die Bekämpfung selbst hat nur geringes Interesse an dem Anbau des indischen Hanfes; wird er doch fast lediglich als „Zusatz für das als Fühneraugenmittel verwendete Salzsäureludium“ gebraucht. Man wird Dr. Joel nur zustimmen können, wenn er vor dem Anbau dieser Ghaschischpflanze, der alljährlich im Orient Millionen von Menschen zum Tode führen, nachdrücklich warnt. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß andersfalls auch in Deutschland, wo heute schon viele Tausende und Abertausende den Teufeln Morphium und Kokain huldigen, noch zahlreiche weitere blühende Menschenleben am Ghaschismus zu Grunde gehen würden.

Der Hungerapostel von Ungarn. Eine Unmenge von Wunderdoktoren treibt in allen Winkeln Ungarns ihr Unwesen. Als vor einem Jahre die „Zauberin“ von Kiofen starb, fanden sich zum Begräbnis Tausende und Abertausende ihrer „donkaren Patienten“ ein und aus dem Vermögen, das sie hinterlassen hat, war zu schließen, daß sie ihre Wunder nicht aus reiner Menschenliebe vollbracht hat. Auch in Sashalom bei Budapest lebten einige Zauberinnen, vor allem eine „magnetische Frau“, deren Haus ständig von vieler Hunderten von Kranken umlagert war. Jeder Zug der elektrischen Lokalbahn war voll mit „Kundschaf“ aus der großen Stadt. Als sich die Behörde der „magnetischen Frau“ annahm, gab es in Sashalom eine wahre Revolution. Alle diese Kurpfuscher sind jetzt durch den „Zwiebelapostel“ von Ungarn namens Bela Vicsedy geschlagen. Vicsedy kurieret nicht nur Kranke, sondern auch Gesunde im voraus von allen Krankheiten. Er macht sich anständig, die menschliche Lebensdauer zu verdoppeln und zu verdreifachen, wenn seine Patienten von dem Uebel lassen, das seiner Ansicht nach ihre Kräfte verzehrt, vom „Fleisch“. Das Fleisch erzeugt nach seiner Meinung Bazillen, aus denen sich alle möglichen Krankheiten entwickeln. Auf Grund seiner Erkenntnisse schreibt Vicsedy seinen Anhängern, die heute schon nach vielen Jahntausenden zählen, eine asterische Lebensweise vor: Pflanzen, vor allem Zwiebeln; kein Fleisch, keine Liebe im Uebermaß. Vicsedy kommt demnach für kurze Zeit nach Budapest und dann verlegt er seine Residenz nach — Berlin. Er glaubt, die Deutschen, die schon in der Vergangenheit im Hungern Großes geleistet hätten, würden nach seinem System zu einer wahren Vollkommenheit gelangen.

Mutterschub in Sowjetrußland. Die Moskauer „Pravda“ teilt mit, daß nach Angaben der Organisationen zum Schutze der Mütter und Säuglinge in Sowjetrußland und der Ukraine allein in den russischen Dörfern im letzten Jahre von untüchtigen Hebammen 155.000 Abtreibungen vorgenommen wurden, die den Tod von 3000 Frauen zur Folge hatten, während 66.000 Frauen infolge von mangelhafter Zauberkunst bei den Eingriffen krank in die Hospitäler eingeliefert wurden. Bekanntlich ist die Abtreibung in Rußland jetzt gestattet. Das hat wenigstens in den Südbey die günstige Folge, daß sich die Frauen an Menge wenden. Auf dem Lande jedoch hat die Ausbreitung der künstlichen Schwangerschaftsunterbrechung die schlimmsten Folgen.

Ein Klebenbrand wird aus Morston Hamstead in der Grafschaft Essex in England gemeldet. 20 Häuser und Geschäfte wurden von der Feuerbrunst vernichtet.

Kunst und Wissen.

Eine deutsche Volkstheateraufführung. Ein bisher in Deutschland unbekanntes dramatisches Werk von Balzac, die Komödie „Kampf der Frauen“, wurde in einer Uebersetzung und Bühnenbearbeitung von Dr. Walter Medauer vom Schauspielhaus in Frankfurt a. M. zur Aufführung angenommen.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Donnerstag 7 Uhr „Der fröhliche Weinberg“, Freitag 8 Uhr „Das Wahl der Spötter“, Samstag halb 8 Uhr „Die heimliche Brautfahrt“, Sonntag halb 3 Uhr nachm. „Der Erlow“, halb 8 Uhr „Der fröhliche Weinberg“, Montag 7 Uhr „Die Rose von Stambul“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Donnerstag abends „Ramselle Ritouche“, Freitag abends Kulturveranstaltungen, „Lady Fanny und die Diensthofenfrage“, Samstag halb 8 Uhr abends Ensemblespiel des Aufführer Stadttheaters mit Hermann Feiner, Premiere: „Die Frau ohne Ruh“. Sonntag nachmittags 3 Uhr „Der wahre Jakob“, abends halb 8 Uhr Ensemblespiel des Aufführer Stadttheaters „Die Frau ohne Ruh“, Montag Gespielspiel Leopold Kromer: Bankbeamtenvorstellung: „Papa“.

Der Film.

Den Klaba hat gelogen ist mehr eine Groteske als ein Lustspiel. Frigo will beweisen, daß sich auf der Welt seit den uraltesten Zeiten alles geändert hat, nur die Liebe nicht. Das Stück besitzt daher drei Parallelhandlungen, eine aus der Steinzeit, eine aus dem alten Rom und eine aus der Neuzeit, wo Frigo nach anfänglichen Mißerfolgen doch nur zu dem geliebten Mädchen kommt. Das Stück hat eine ganze Reihe wirklich gelungener Szenen, über die man herzlich schmunzeln kann, aber ansonsten ist nicht gerade viel daran.

Die Metro Goldwyn hat einen Schirmwerfer herstellen lassen, der 325 Millionen Kerzen Lichtstärke hat.

Pha de Nutti mußte sich sofort nach ihrer Ankunft in Amerika einer Blinddarmpoperation unterziehen. Der Eingriff ist gelungen und die Künstlerin befindet sich auf Wege der Genesung. Die Filmstars sollten zu Reklamezwecken aber mehr als einen Blinddarm haben!

Volkswirtschaft.

Internationale gewerkschaftliche Sommer Schule.

Der Internationale Gewerkschaftsbund veranstaltet in diesem Jahre nur eine Sommerschule; sie wird vom 18. bis 31. Juli in der Arbeiterhochschule in Uccle (Belgien) stattfinden.

Die genannte Arbeiterhochschule ist in der unmittelbaren Umgebung von Brüssel gelegen und im eigenen Hause untergebracht, so daß sich zwei große Vorteile ergeben: einmal, daß sich die Sommerschule im Mittelpunkt der nahe gelegenen großen Industriezentren befindet, davon ganz abgesehen, daß Brüssel selbst dem Besucher eine Fülle des Interessanten in kultureller, historischer und gewerblicher Beziehung bietet; und daß sich andererseits die Stille der Lage und der ländliche Rahmen ganz ausgezeichnet für Studium und Diskussion eignen.

Der größere Teil des zwei Wochen umfassenden Aufenthaltes wird der Besichtigung von industriell und kulturell bedeutenden belgischen Städten gewidmet sein. Es sind in Aussicht genommen: Antwerpen, Charleroi, Waterloo, Lüttich, Mecheln, Gent und selbstredend Brüssel. Durchschnittlich wird jeden Tag ein Vortrag über eine gewerkschaftliche Materie gehalten werden. Verschiedene bekannte Führer der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung wurden aufgefordert an der Sommerschule mitzuwirken. Bis heute haben bereits zug. sagt: E. Merrens (Sekretär der belgischen Gewerkschaftskommission), L. de Bronckere (Professor an der Brüsseler Universität und Mitglied des belgischen Senats), die über „die soziale und politische Lage in Belgien“ und „die sozialistische Bewegung in Belgien“ sprechen werden. Ferner Delsinne (Leiter der Arbeiterhochschule in Uccle), der über die Genossenschaftsbewegung referieren wird. Auch über die internationale Gewerkschaftsbewegung werden einige Vorträge gehalten werden.

Die Referate werden in deutscher, französischer und englischer Sprache gehalten, doch wird jeder Vortrag durch hierzu kompetente Personen übersetzt werden. Die Dauer der Vorträge wurde auf eine Stunde festgesetzt während für die anschließende Diskussion eine bis anderthalb Stunden vorgesehen sind.

Der Beitrag für Beköstigung, Unterkunft und Schulgeld für 14 Tage beläuft sich auf 3 Pfd. 15 Sch. In diesem Betrag sind auch die Kosten für Exkursionen inbegriffen, die per Eisenbahn oder Gesellschaftswagen erfolgen (2 Kl. Bahn). Da die Unterkunftsbedingungen in diesem Jahre sehr beschränkt sind, ist es ratsam, sich möglichst früh zur Teilnahme zu melden.

John W. Brown Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, ist mit der Leitung der Sommerschule betraut.

Herausgeber: Dr. Ludwig Gsch.

Verantwortliche Redaktion: Wilhelm Niehner

Druck: Deutsche Zeitungs- & B. Prag.

Für den Druck verantwortlich: O. Holl.

Turnen und Sport.

Das Internationale Arbeiter-Sportfest in Wien.

Allmählich bekommt das erste österreichische Arbeiter-Turn- und Sportfest seinen festen Rahmen. Aus dem Programm ist zu erkennen, welche gigantischen Umfang das Fest annehmen wird, um das zu werden, was es werden muß: ein Kulturfest der österreichischen Arbeiterschaft.

Der 3. Juli eröffnet das Fest. Aufstimmende, mächtige Feuer ringsum auf den Bergen werden die lieben Gäste grüßen. Licht über das Land, Licht in die Höfe und das Feuer der Begeisterung in die Herzen der Proletarier! Ein Volksfest am Kobenzl soll den ausländischen Genossen einen fröhlichen Einblick in den österreichischen Volkscharakter gewähren. Am 4. Juli hat schon der Sport das Wort. Vormittags findet ein Stafettenlauf „Duer durch Wien“ statt und die ersten Sternwandräder der Radfahrer treffen ein. Nachmittags wird in der Festhalle des Rathauses der Bürgermeister von Wien die Delegierten der Sportorganisationen empfangen. Auf der hohen Warte leuchtet am Abend ein Riesenseuerwerk auf, das alle Künste der Pyrotechnik zur Entfaltung bringen wird. Der 5. und 6. Juli ist der Besichtigung Wiens und seiner reichen Kunstschätze vorbehalten, ganz besonders auch den von unseren Gegnern so vielgelächerten Wohnbauten der roten Gemeindeverwaltung. Hier können sich die Festbesucher selbst überzeugen, mit welcher Frivolität die Lügen über die „rote Schandwirtschaft“ von der Reaktion in die Welt gesetzt werden. Ausflüge in die herrliche Umgebung Wiens füllen die beiden Tage aus. Die Radfahrer beginnen mit ihren Wettkämpfen schon am 6. Juli.

Ein Tag der Kinder ist der 7. Juli. Tausende und aber Tausende frohe, kleine Turnerleute marschieren durch die Ringstraßen zum Festplatz. Die Knaben mit ihren frischen, lebendigen Freilübungen nach dem Rhythmus einer prächtigen Musik, die Mädchen als Verkörperung des Liebes: „Wir sind jung, die Welt ist offen“ dürften bei allen in unvergänglicher Erinnerung bleiben. Abgeschlossen wird der Tag der Kinder mit einem Monsterkonzert auf dem Feldenplatz vor der früheren Hofburg. Von den Balkonen, von denen in vergangenen Zeiten die Dabburger hochmütig über ihre „Untertanen“ hinwegblickten, wird ein Bläserchor das Fest der Arbeit grüßen und das Konzert eröffnen. Vom Feldenplatz aus formiert sich ein Fackelzug nach dem Blay vor der Karlskirche, wo ebenso wie am Feldenplatz Führer der Arbeiterbewegung und der Arbeiterschaft sprechen. Während des Konzertes und des Fackelzuges flammen die Türme des Rathauses bis hinauf zum Mann in Eisen in feierlicher Beleuchtung auf und verkünden, daß Wien als sozialistische Großstadt das sozialistische internationale Sportfest feiert.

Am 8. Juli um 3 Uhr nachmittags ist der festliche Einzug der Nationen und Wettkämpfer auf den Trabrennplatz. Anschließend beginnen die Wettkämpfe aller Sparten. Das prachtvolle, neuverbaute städtische Amalienbad wird durch das internationale Wettschwimmen und Wetspringen eröffnet.

Die Wettkämpfe nehmen den ganzen 9. und 10. Juli in Anspruch. Am 9. Juli abends finden in den großen Sälen Wiens Festabende statt, für die besonders ausgewählte Programme zusammengestellt werden. Die Bundeschule Leipzig, die mit 48 Schülerinnen und Schülern zum Fest nach Wien kommt, zeigt im Deutschen Volkstheater Ausschnitte aus ihrem Arbeitsgebiet.

Am 10. Juli nachmittags um 4 Uhr wird die Strommeisterschaft von Oesterreich ausgetragen, der sich ein Werbeschreiben „Duer durch Wien“ anschließt. Sonderführungen der Gäste und Kreise, über den ganzen Tag verteilt, zeigen das weite Gebiet und die Vielfältigkeit der Leibesübungen.

Prager Filmbör'e.

Gerade jetzt, wo in Deutschland das Volksscheid über die einstigen Kaiserhöflichkeit endgültig den Stab brechen wird, kommt Singer u. Co. mit dem deutschen (München) geschichtlichen Film „Für Freiheit und Ehre“. Eine unmögliche Zeit konnte wahrlich nicht gewählt werden. Die Fabel führt in den Anfang des achtzehnten Jahrhunderts zurück, da Bayern nach der für die Franzosen und mit ihnen verbündeten Bayern unglücklichen Schlacht bei Hochstet-Blindheim im Jahre 1704 von den siegreichen österreichischen Truppen besetzt wurde, und befaßt sich mit einem erfolglosen Aufstand treuer wasserlandliebender Männer, die teils am Blutgerüst, teils am Schlachtfeld geendet sind. An und für sich ist der Film gut und sinnvoll, wenn er zusammengestellt, besonders die Kampfszenen sind geklärt, aber der von Vaterlandsliebe und Treue zu dem verjagten Kaiserfürsten nur so tiefende Inhalt macht das Stück für uns im vorhinein unmöglich. — Amerikanischen Ursprungs ist das Stück „Salomon — Du unmöglicher Mensch!“, ein ziemlich langweiliges Lustspiel mit dem abgenutzten Vorwurf von einem Reichen, der seine Vergangenheit und seine gute Kinderstube, die er nie betreten hatte, nicht abschütteln kann und trotz seines Reichtums eine lächerliche, aber im Grunde genommen seelensgute Gestalt bleibt. — Auch der dritte Film ist amerikanische Erzeugung: „Weib und Götter“. Das Stück beschäftigt sich mit irgendwelchen Vorgängen in Indien, kann aber nicht näher besprochen werden, da es nur teilweise aufgeführt wurde. Angeblich wegen „Zeitmangel“. Öffentlich wird dieser Zeitmangel bei den Pressenführungen nicht chronisch werden!

Der 11. Juli ist der Hauptfesttag.

In der Frühe sammeln sich die Festteilnehmer zum Festzug durch die Ringstraßen nach dem Festplatz. Es wäre ganz zwecklos, heute schon irgendwelche Zahlen für den Zug zu nennen. Aber das kann ruhig gesagt werden, daß es ein Zug wird, wie ihn Wien in solcher Größe, Wucht und Geschlossenheit wohl noch nicht gesehen hat. Der Zug soll das starke, wehrhafte Proletariat versinnbildlichen und so werden mit den Turnern und Sportlern auch Tausende Mitglieder des Republikanischen Schutzbundes marschieren und mit ihnen vereinigt die Reichsbannerleute aus Deutschland, die in einer Stärke von mindestens zehntausend zum Reichsordnertag am 11. Juli nach Wien kommen und praktisch den Anschlusswille sowie die feste Entschlossenheit bekunden, den republikanischen Gedanken bis aufs äußerste zu verteidigen. Zehntausend Turner, viertausend Turnerinnen marschieren dann auf dem Festplatz zu den allgemeinen Freilübungen auf. Die Freilübungen wurden an den Schluß der Festwoche gesetzt, das Ganze krönend.

Es wird für jeden Festbesucher eine Festkarte (Festausweis) ausgestellt, die jeden Einzelnen zu einer 25prozentigen Fahrpreisermäßigung auf den österreichischen Bundesbahnen ermächtigt. Bei Gesellschaftsreisen, von 30 Personen angefangen bis zum Sonderzug, werden Ermäßigungen von 30 bis 40 Prozent erreicht werden. Der Festbeitrag wurde für Teilnehmer, die auf kein Quartier reflektieren, mit vier Schilling angesetzt, für solche, die über Massen- oder Privatquartier in Anspruch nehmen, auf sechs Schilling. Bei letzteren wird auch der tägliche Bezug der „Arbeiterzeitung“ geschenkt. An alle, die den Festbeitrag bezahlen, wird noch das Festabzeichen, das Festbuch mit dem Führer und Plan von Wien verabfolgt und ist der freie Eintritt auf dem Trabrennplatz und den Spielplätzen gesichert. Für Sitzplätze muß aber ein Aufschlag bezahlt werden.

Nicht am grünen Rasen, sondern am grünen Tisch will A.C. Sparta ihr am letzten Sonntag gegen Slavia verlorenes Meisterschaftsspiel gewinnen. Dieser Klub bringt den traurigen Mut auf, gegen ein Spiel, das er einwandfrei verloren hat, einen Protest einzubringen, in welchem behauptet wird, daß zwei Tore aus vorhergegangenen, vom Schiedsrichter nicht geahndeten Verbrechen entstanden sind. Auch soll die unfreiwillige Unterbrechung, die durch Manjékos Verletzung entstand, mitbestimmend sein.

Größte Auswahl eleganter

Schlafrocke

Reklamemodell

Frühjahrsschafrock mit langen Ärmeln, mit Trikotkragen in passender Farbe und garniert echtfarbigem Creppbarchent, auf Lager in Modedessins auf blauem, grünem, grauem, rosa u. K. 69.-

JOSEF WIENER, PRAG
Oberer Wenzelsplatz 31.

Postbestellungen werden prompt per Nachnahme erledigt. — Nichtpassendes wird herpflig umgetauscht.

Wenn von Verbrechen die Rede ist, so berührt es sehr eigentümlich, daß sich Sparta noch mit einer solchen Behauptung in die Öffentlichkeit wagt. Es nimmt aber schließlich doch nicht wunder, wenn in Erwägung gezogen wird, daß der neue Verbandsvorstand aus lauter, diesem Vereine wohlgestimmten Herren besteht, und die Möglichkeit gar nicht ausgeschlossen ist, daß dieses Spiel beim Stande 1:1 neuerlich ausgetragen werden wird. Wir wollen aber nebenbei bemerken, daß das Montagblatt „Pondelnik“ (Ceste Slovo) in seinem Bericht über das Spiel Slavia—Sparta ausdrücklich das unfaire Spiel der Sparta, tadelte und das der Slavia lobte. Wie sich die Slavia zu dieser echt sportmännischen Tat verhalten wird, ist des Interesses wert.

6000 Kc Spielerprämien — für ein verlorenes Spiel. Bei der sonntägigen Versammlung des tschechischen Staatsverbandes für Fußball teilte der Verbandspräsident mit, daß den Spielern, ganz gleich wie das Spiel Oesterreich—Tschechoslowakei ausfällt, 500 K als Prämie zugesagt wurden, die Spieler jedoch sich dessen nicht wer zeigten. Die Oesterreicher hätten nur die Hälfte bekommen, aber dafür auch wirklich ganze Arbeit geleistet. Verges kann man sich die Blamage gar nicht vorstellen: 6000 Kc — und noch eine Niederlage!

Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

„Frauenwelt“
Eine Halbmonatschrift.
Jede Nummer ab 2.—
zu beziehen durch die
Bollsbuchhandlung
Ernst Sattler
Karlsbad, Aerag Palace

Bibliotheken
für Organisationen,
Bereine, Gemeinden,
Gewerkschaften, Schulen
usw. werden zweckentsprechend zusammengekauft, sowie ergänzt,
von der
Bollsbuchhandlung
Ernst Sattler,
Karlsbad.

Schützen Sie Ihre Augen



PHILIPS ARGENTA

spendet völlig zerstreutes Licht.

Im Verleih des Lloyd-Filmes erscheint „Die Witte einer schönen Frau“ (Der Ruf der sündigen Welt). Dieses deutsche Erzeugnis (Berlin) ist eine schwache, süßliche Limonade mit Otto Gebühr und Fern Andra in den Hauptrollen. Die schauspielerischen Leistungen sind gut, besonders die der Fern Andra, können aber nicht über die einfache Handlung hinwegtäuschen. Dagegen ist „Das rote Signal“ (Am Vorabend des Krieges) nach dem Werke von Claude Farrère in jeder Hinsicht erwähnenswert. Das tolle Tempo, wirklich schöne Aufnahmen und die geliebte Handlung machen diesen Albatros-Film (Paris) zu mehr als einem bloßen Spielfilm. In den Hauptrollen Moritz Schuy und Nina Vanna; besonders die Künstlerin bietet eine schöne Leistung. Ebenso geliegt er der zweite französische Film „Chuchon, der Liebling der Frauen“ (Der schönste Held des Rings), die romantische Geschichte eines Sportsmannes, den eine reiche Amerikanerin unter allen Umständen heiraten will, der aber trotz allem dem geliebten Mädchen treu bleibt. Schon dieser Vorwurf weicht angenehm vom Ueblichen ab und der Film ist auch in jeder anderen Beziehung lebenswert. In den Hauptrollen Andra Roscoe und Olga Day. — Eine echt amerikanische Kennerei bringt das deutsche Erzeugnis „Eine Minute vor Zwölf“ (Die Jagd nach dem grauen Hölzner) mit Luciano Albertini. In dem Hölzner ist nämlich ein Los versteckt, das den Hauptpreiser gewonnen hat, und der Hut ist natürlich nicht aufzufinden; aber abgesehen von diesem zu abgenutzten Vorwurf ist auch der Film an und für sich ziemlich schwach. Die wirklich anerkanntswerte körperliche Gewandtheit Albertinis kann das Stück auch nicht zugünstig machen.

Die Tricolore brachte den französischen Großfilm „Die Flamme des Lebens“ (Das Geheiß der Liebe) nach dem Drama von Paul Hervieu. Der Verfasser bemüht sich den Beweis zu führen, daß das ewige Geheiß des Lebens in den Menschen den Selbsterhaltungstrieb und eine gewisse rücksichtslose Selbstsucht legt, die besonders in der Jugend im verstärkten Maße hervortreten und sich geltend machen, während es das Los des Alters ist, den Jungen Opfer zu bringen. Er stellt daher drei Frauengestalten in den Mittelpunkt seines Werkes: die Großmutter (Berta Jolabert), die Mutter (Germaine Dermos) und die Tochter (Johanne). Die Tochter folgt bewußt dem Rufe ihres Herzens; sie heiratet den geliebten Mann, ist seine treueste Gefährtin und folgt ihm ins Ausland, als er dort eine Stelle annimmt, — ohne zu wissen, welche Opfer sie durch ihr Benehmen von der Mutter fordert, die alles für ihr Kind tut, um schließlich ganz allein und verlassen in der Welt zu stehen. So bemerkenswert der Grundgedanke auch ist, läßt sich doch von der Handlung nicht behaupten, daß sie den Stoff in einer irgendwie überragenden Form behandeln würde. Die Geschehnisse weisen manche logische Lücken auf und nur die Gestalt der jungen Frau kann Anspruch auf volle Natürlichkeit erheben. Der Film ist daher trotz seiner wirklich schönen Aufnahmen und der herrlichen Naturaufnahmen keine Trennung, sondern ein in manchen Szenen zu rührender Spielplan. — Geradzu ein Unikum ist der Film „Konstul wider Willen“ nach der Operette „Zankee Coniud“ von G. W. Blosson mit Douglas Mac Lean in der Hauptrolle: wir haben schon lange kein schwächeres und dümmeres Stück gesehen. Aber gerade deshalb sollte man sich den Film ansehen, um voll den Unterschied zwischen Film und Film würdigen zu können.

G. W. Schimbr.